

vor Hürden

Das Thema Behinderung ist im Hochschulalltag noch nicht angekommen. **12**

im Exil

Die Ärztin Miriam Rothbacher flüchtete vor den Nazis nach Bolivien. **18**

unterm Dach

Wie Jung und Alt zusammenleben. **24**

im Ruderboot

Judith Holofernes hat die Flotte *Wir sind Helden* verlassen. **31**

Umkämpfte Bildung

Hochschulen zwischen Ökonomisierung und Protest.



P.b.b. | Erscheinungsort Wien | Verlagspostamt 1040 | GZ02Z031545M | EURO,73

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser!

Mit den ersten frühlingshaften Tagen kommt auch die erste *progress*-Ausgabe des Jahres zu euch. Nach einer etwas längeren Winterpause sind wir nun auch gedruckt wieder für euch da, ab jetzt sogar etwas dicker und mit leicht verändertem Format.

Sonst bleibt alles beim Alten: Wir bringen auch weiterhin kritischen und qualitativ hochwertigen Journalismus von Studierenden für Studierende. Das unerwartete Ableben des Wissenschaftsministeriums hat uns natürlich auch tief getroffen. Dabei begleitet die Ökonomisierung der Bildung bereits seit 15 Jahren voran, wie unsere Coverstory eindrucksvoll beschreibt.

Bildungspolitisches Thema war in den letzten Wochen auch immer wieder die ÖH selbst – das Vorsitzteam der Bundesvertretung nimmt in einem Kommentar Stellung zur Frage, „wer diese ÖH denn überhaupt braucht“. In unserem Dossier haben wir uns außerdem gefragt, was Generationen voneinander trennt und was sie miteinander verbindet. Für jene, die die ersten Sonnenstrahlen aktiv nutzen wollen, haben wir zudem eine kleine Bastelanleitung für einen Balkongarten vorbereitet (Seite 32).

Damit wünschen wir euch einen schönen Vorfrühling und eine spannende Lektüre!

Eure *progress*-Redaktion

Impressum

progress
Magazin der Österreichischen HochschülerInnenschaft

Ausgabe 01/2014
Erscheinungsmonat: März

Medieninhaberin: Österreichische Hochschüler_innenschaft,
Kontakt: Taubstummengasse 7-9, 1040 Wien

ChefInnenredaktion: Joël Adami, Anna Ellmer, Simone Grössing

AutorInnen dieser Ausgabe: Joël Adami, Theresa Aigner, Claudia Aurednik, Lisa Breit, Marlene Brüggemann, Anna Ellmer, Michael En, Julia Freidl, Andreas Freund, Simone Grössing, Magdalena Hangel, Kati Hellwagner, Lukas Kaindlstorfer, Ulrike Krawagna, Florian Kraushofer, Oona Kroisleitner, Katja Krüger, Bernhard Lahner, Margot Landl, Magdalena Liedl, Julia Prummer, Simon Sailer, Georg Sattelberger, Viktoria Spielmann, Robin Tschötschel, Patricia Urban.

Cover: Daniel Novotny
Dossier: Anita Brunnauer
Seite 7: Fabian Weiß
Seite 13: Yanne Golev
Seite 29: Eva Engelbert

Lektorat: Mirjam Pot, Marlies Weissinger

Layout: T. Jenni, J. Kolda

Grundlayout: R. Radschopf, E. Riedmann

Cover

Ausnahmsweise macht es einmal Sinn, wenn die Menschen Austria und Australia miteinander verwechseln: Denn auch in Australien wurde Ende letzten Jahres das Wissenschaftsministerium aufgelöst. Die Forschungsagenden wurden dort dem Industrieminister übergeben. *progress* hat die Abschaffung des österreichischen Wissenschaftsministeriums zum Anlass genommen, einen Blick auf die Geschichte der Ökonomisierung der Hochschulen zu werfen – diese wird nämlich bereits seit 2000 immer stärker forciert. Und immer wieder protestierten Studierende in den letzten 15 Jahren dagegen. Ernüchternd ist diese Chronik der Bildungsökonomisierung dennoch, denn: „Der Gewöhnungseffekt ist ein Hund!“

Bildung

08 PRIVATUNIS OHNE DEMOKRATIE. In Sachen studentischer Mitbestimmung liegt an Privatunis einiges im argen.

09 AUSGEBREMSTE BESCHLEUNIGUNGSRE-FORM. Dänische Studierende wehren sich gegen Maßnahmen zur Verkürzung der Studienzeiten.

10 ALLES NEU IM LEHRAMT? Neues Dienstrecht, neue Ausbildung – ein Blick auf die Herausforderungen, vor denen angehende LehrerInnen stehen.

12 BLINDE FLECKEN. Barrierefreiheit ist nicht nur eine bauliche Frage, sondern auch eine soziale.

14 WAS HALTEN DEINE ELTERN VON DEINEM STUDIUM? Fünf Studierende erzählen, wie ihr Studium bei Mama und Papa ankommt.

Politik

16 LIBERAL, DEMOKRATISCH, DEUTSCHNATIONAL? Welche Rolle hatten Burschenschaften bei der Deutschen Revolution 1848 und im Nationalsozialismus wirklich?

17 FREIHANDELSTÜCKEN. „Chlorhühner“ und „Hormonfleisch“ sind nur die Spitze des Freihandelsabkommens TTIP

18 HEIMWEH NACH LA PAZ. Miriam Rothbacher musste als Kind vor den Nazis flüchten. Heute lebt sie in Österreich und sehnt sich zurück nach Bolivien.

20 SHORT BITES. Infos abseits des Mainstreams.

Dossier

Über Generationen wird heutzutage viel geredet. Im Zentrum der Aufmerksamkeit steht dabei aber meist, was sie voneinander unterscheidet, und nicht was sie verbindet. Wir haben uns gefragt, wie es eigentlich um das Verhältnis der Generationen zueinander steht: Wie nahe sind wir uns wirklich? Ist eine eigene Identität ohne Verweis auf unsere Herkunft möglich? Können wir unsere Wurzeln einfach abschneiden? Sollen wir das? Belastet eine Generation die andere? Zum Beispiel, wenn es um die Existenzsicherung im Alter geht? Und ist ein Zusammenleben trotz aller Unterschiede möglich? Antworten findet ihr in unserem Dossier.

22 TALKIN' 'BOUT MY GENERATION. 6 spannende Fakten zum Thema Generationen.

23 GENERATIONENVERTRAG ADE? Muss das Konzept der Altersvorsorge revolutioniert werden oder reicht eine Reform? Eine Expertin gibt Antworten.

24 ALLE UNTER EINEM DACH. Das Projekt Generationenwohnen bietet Jung und Alt die Möglichkeit eines spannenden gemeinsamen Alltags. Wir haben uns in einer Generationen-WG umgesehen.

26 „WARUM REDEN SIE ÜBER MEINE GENERATION?“ Im Projekt „with wings and roots“ erzählen Migrant_innen der „zweiten Generation“ ihre Geschichten.

28 FAMILIENPROBLEME. Familien sind ein beliebtes Thema in Büchern und Serien: Sie spiegeln nicht nur das Schicksal einzelner Figuren, sondern auch die Verhältnisse der Gesellschaft als Ganzes.

Feuilleton

31 EIN AUSGEPRÄGTER MANGEL AN PERFEKTIONISMUS. Im Interview sprach Judith Holofernes über ihre neue Platte und darüber, wieso sie keine Perfektionistin sein will.

32 EIN PLATZ AN DER SONNENFENSTERBANK. Habt ihr schon einmal vom eigenen Garten auf der Fensterbank geträumt? Wir erklären euch, wie das geht.

35 DER VERGESSENE WELTKRIEG. 2014 ist das Gedenkjahr zum Ersten Weltkrieg. Erhofft wird eine längst überfällige, allumfassende Aufarbeitung.

36 REICHHALTIGKEIT IST ETWAS SCHÖNES. Was Elektropop mit Hip Hop zu tun hat und wieso Genres längst keine Rolle mehr spielen, darüber haben wir mit Konea Ra gesprochen.

38 WER BRAUCHT EIGENTLICH DIESE ÖH? Das Vorsitzteam der ÖH-Bundesvertretung erklärt, wie wichtig die Interessenvertretung für Studierende ist.

MEINE STIMME FÜR MEHR BILDUNGSCHANCEN.



AK-WAHL WIEN 11. BIS 24.3.2014



„Der Gewöhnungseffekt ist ein Hund“

Die Abschaffung des Wissenschaftsministeriums war zwar ein zufälliges Produkt der Koalitionsverhandlungen, fügt sich aber dennoch in einen Wandlungsprozess der österreichischen Hochschullandschaft ein, der bereits vor mehr als zehn Jahren seinen Anfang genommen hat. Eine Chronologie der Bildungsökonomisierung.

Die Bestürzung war groß, als am Abend des 12. Dezember 2013 bekannt wurde, dass das Wissenschaftsministerium die Koalitionsverhandlungen nicht überlebt hat und die Agenden des bisherigen Ministers Karlheinz Töchterle (ÖVP) in das Wirtschaftsministerium unter der Führung von Reinhold Mitterlehner (ÖVP) wandern. Als „schäbig, armselig und dumm“ bezeichnete etwa Spitzen-Forscherin Renée Schroeder dieses Ergebnis gegenüber dem Nachrichtenmagazin *profil*. RektorInnen, Uni-Personal, ForscherInnen, Studierende und selbst große Teile der ÖVP waren entsetzt über die Entscheidung von Parteiobmann Michael Spindelegger, das Wissenschaftsministerium zugunsten eines neu geschaffenen Familienministeriums aufzulösen. Eine Unterordnung der Wissenschaft unter das „Diktat der Wirtschaft“ war und ist eine der zentralen Befürchtungen der KritikerInnen dieser Entscheidung. Vor einem „Aushungern der Grundlagenforschung“ warnen zahlreiche namhafte WissenschaftlerInnen, RektorInnen-Chef Heinrich Schmidinger forderte Bundespräsident Heinz Fischer auf, die Regierung nicht anzugeloben, die Universitäten wurden kurzzeitig schwarz beflaggt und StudierendenvertreterInnen aller Fraktionen riefen zu Protest- und Trauerkundgebungen auf. Sie warnten auf Transparenten und in Aussendungen vor einer weiteren „Ökonomisierung der Bildung“.

Und dennoch: Nach ein paar Tagen der Empörung war die Aufregung auch schon wieder vorbei. Für Sigi Maurer, ehemalige ÖH-Vorsitzende, inzwischen Wissenschaftssprecherin der *Grünen*, zeigt das, „wie weit wir schon sind. Das Wissenschaftsministerium arbeitet seit vielen Jahren auf eine stärkere Integration in die Wirtschaft hin. Jetzt sind die Wissenschaftsagenden dort angesiedelt – das macht für viele

keinen Unterschied mehr. Ein Stück weit ist so etwas wie informierte Resignation eingetreten“, analysiert Maurer.

MANGELNDE WERTSCHÄTZUNG. Offensichtlich war die Eingliederung der Wissenschaftsagenden in das Wirtschaftsministerium aber kein von langer Hand geplanter Schritt, sondern ein zufälliges Produkt der Koalitionsverhandlungen. „Dennoch zeigt diese Entscheidung klar, welches Bild die ÖVP von Wissenschaft hat und welche Wertigkeit sie ihr beimisst“, sagt Maurer. Damit ist sie ausnahmsweise einer Meinung mit Karlheinz Töchterle. „Die Einführung eines neuen Familienministeriums soll ein Zeichen sein, dass der ÖVP dieser Bereich besonders wichtig ist. Im Umkehrschluss sind ihr demnach Wissenschaft und Forschung nicht so wichtig. Das ist für mich angesichts der Bedeutung dieses Bereichs nicht plausibel“, so Karlheinz Töchterle gegenüber *progress*. Der Ex-Minister teilt die Sorgen der KritikerInnen: „Neben der symbolischen Wirkung sind auch faktische zu befürchten. Wissenschaft und Forschung bekommen schlicht weniger Zuwendung.“ Das vielzitierte „Diktat der Wirtschaft“ befürchtet der ehemalige Minister zwar weniger, ganz auszuschließen sei es aber dennoch nicht, so Töchterle.

Nicht erst seit der Übersiedelung der Wissenschaft ins Wirtschaftsministerium ist eine immer stärkere Verstrickung von Wirtschaft und Bildung in Österreich Thema, denn die Universitäten befinden sich seit Langem in einem Wandlungsprozess, der nicht zuletzt unter europapolitischen Vorzeichen begann. Einerseits durch den Bologna-Prozess, der europäische Mobilität und einheitliche Abschlüsse bringen sollte, andererseits durch die Lissabon-Strategie, mit der Europa bis zum Jahr 2010 zum „wettbewerbsfähigsten und

dynamischsten wissensgestützten Wirtschaftsraum der Welt“ werden sollte, begann spätestens ab dem Jahr 2000 auch in Österreich ein drastischer, struktureller Umbau der Universitäten. Zentral war dabei das Universitätsgesetz 2002 (UG 02, inzwischen wird es nur mehr UG genannt), mit dem die Universitäten in die seither vielbeschworene „Autonomie“ entlassen wurden. Luise Gubitzer, Ökonomin und Professorin an der Wirtschaftsuniversität Wien (WU) und seit den 80er-Jahren im Wissenschaftsbetrieb tätig, konstatiert, dass rund um das Jahr 2000 ein Prozess in Gang gesetzt wurde, der bis heute andauert und vor allem durch eine „Übernahme des Vokabulars, der Denkweise und der Organisationsform“ aus der gewinnorientierten Wirtschaft geprägt sei. Unter dem Dogma des „New Public Managements“ wurden unternehmensähnliche Strukturen geschaffen und marktwirtschaftliche Bewertungskriterien eingeführt: Evaluierung, Kennzahlen, quantifizierbare Leistungs- und Zielvereinbarungen, Wissensbilanzen und Rankings – all das sollte „outputorientierte“ Arbeit ermöglichen. RektorInnen wurden als UniversitätsmanagerInnen mit weitreichenden Kompetenzen ausgestattet.

Dahinter stecke eine „industrielle Vorstellung“ der Institution Universität, so Gubitzer: Sie werde als Betrieb gesehen, der Waren produziert und stets seinen Output zu steigern hat – mehr Publikationen, mehr AbsolventInnen, etc. „Dabei handelt es sich aber nicht um einen fruchtbaren Forschungswettbewerb, sondern im Grunde um einen Statuswettbewerb. Es ist nicht die Konkurrenz darum, wer den besseren Master anbietet, sondern wer besser dafür wirbt“, kritisiert sie.

ENTDEMOKRATISIERUNG. Darüber hinaus brachte das UG 02 große Einschnitte in die demokratischen Strukturen der Universitäten: Die Möglichkeiten der



Foto: Martin Juen

Mitbestimmung von Studierenden und des wissenschaftlichen Personals wurden massiv eingeschränkt. Ihre Stimmen im Senat, dem einzig verbliebenen Uni-Gremium, das gewählt wird, wurden zugunsten des Stimmanteils der ProfessorInnen verringert. Das und die hierarchischen Organisationsstrukturen, die auf allen Ebenen sichtbar wurden, führten damals zu Protesten. Nicht nur Studierende gingen auf die Straße, auch viele progressive Lehrende solidarisierten sich mit den Studierenden, erinnert sich Barbara Blaha, die ein paar Jahre später als ÖH-Vorsitzende eine neue Protestwelle anführen sollte. „Aber es ist auch erstaunlich, wie schnell das wieder vorbei war. Zehn Jahre später kann sich keiner mehr vorstellen, dass Unis anders funktionieren können als heute. Das Gedächtnis der Institutionen ist offenbar sehr kurz“, sagt Blaha.

Aber auch die Proteste gegen das Universitätsgesetz waren nicht die ersten, die sich gegen den Einzug von Verwertungslogiken in den Hochschulbereich richteten. Nach den Sparpaketen der 90er-Jahre und der in diesem Kontext beschlossenen Senkung der Familienbeihilfe gingen auch im Jahr 2000 Studierende auf die Straße, um gegen die erstmalige Einführung von Studiengebühren unter der damaligen Bildungsministerin Elisabeth Gehrler (ÖVP) zu protestieren. In den folgenden Jahren sollten die Studiengebühren wieder abgeschafft, eingeführt, doch nicht abgeschafft, autonom eingehoben und wieder rückertattet werden. Luise Gubitzer sieht Studiengebühren als einen Schritt der Verankerung einer marktwirtschaftlichen Logik im Bildungssystem: Mit ihnen kommt das Element „Preis“ ins Spiel. „Als öffentliches Gut muss Bildung aber allen zugänglich sein und darf keinen Preis haben“, so Gubitzer.

LIBERALISIERUNG UND PROTEST. Zu den Protesten gegen Studiengebühren und gegen das umstrittene UG kam außerdem bald ein weiteres Thema hinzu, das weit über die Grenzen der Universität hinaus ein breites Bündnis von zivilgesellschaftlichen AkteurInnen auf den Plan rief: das GATS-Abkommen – das „General Agreement on Trade in Services“ der Welthandelsorganisation (WTO), das den weltweiten Handel mit Dienstleistungen und dessen Liberalisierung zum Ziel hatte.

Bildung, Gesundheit, Energie- und Wasserversorgung sollten dem freien Markt zugänglich gemacht und staatliche Regulierung in diesen Bereichen eingeschränkt werden. „Bildung ist dann nicht mehr Aufgabe des Wissenschaftsministeriums, sondern des Wirtschaftsministeriums“, warnte im Studienjahr 2002/03 die Fakultätsvertretung für Geistes- und Kulturwissenschaften der Uni Wien – ironischerweise auf einer Informationsseite, die heute noch online ist. Unter dem Motto „Education not Profit“ startete die ÖH eine groß angelegte Kampagne gegen das Handelsabkommen und war damit Teil eines breiten Bündnisses, das unter dem Slogan „Stopp GATS“ zahlreiche Organisationen unter einem Dach vereinte: von den Gewerkschaften bis zu ATTAC, von SchülerInnenorganisationen über die Armutskonferenz bis hin zu Umweltschutzorganisationen. Die WTO wollte die Verhandlungen zum GATS bis zur Doha-Runde 2005 abschließen. Aufgrund von Uneinigkeiten zwischen den Mitgliedsstaaten ist das aber bis heute nicht gelungen.

Nach sechs Jahren schwarz-blauer Regierungspolitik, die unter anderem das UG02 und die Einführung von Studiengebühren gebracht hatten, keimte bei vielen Studierenden ein kleiner Hoffnungsschimmer, als die

SPÖ 2006 als Wahlsiegerin aus den Nationalratswahlen hervorging und Alfred Gusenbauer Bundeskanzler wurde. Denkbar groß waren die Wut und die Enttäuschung, als klar wurde, dass auch diese Regierung, entgegen aller Ankündigungen, die Studiengebühren nicht abschaffen würde. Dieser Umstand und die Unzufriedenheit mit dem Gesamtergebnis der Koalitionsverhandlungen veranlassten die damalige ÖH-Vorsitzende Barbara Blaha aus der SPÖ auszutreten. Blaha sieht die damaligen Protesten, durchaus als Erfolg: „Wenn die Studierenden dieses Thema 2007 nicht so skandalisiert hätten und mein Partei-Austritt nicht so ein großes Thema gewesen wäre, wäre Werner Faymann nicht gezwungen, das Thema Studiengebühren als Symbolfrage zu behandeln. Mit dem Ergebnis, dass die Studiengebühren heute für einen Großteil der Studierenden Geschichte sind. Und solange Faymann Kanzler ist, werden sie das auch bleiben.“ Die Studierenden, die 2007 auf der Straße waren, sehen das aber nicht als ihren Erfolg, weil es zur geforderten Abschaffung der Studiengebühren erst Jahre später kam, so Blaha.

Schon im Jahr 2009 sollte es zu neuen Protesten kommen, die unter dem Titel *#unibrennt* – jedenfalls der medialen Rezeption nach – als die größten Bildungsproteste der vergangenen Jahre in die Geschichte eingehen sollten. „Die Proteste waren, abgesehen von der Besetzung als Protestform, weit nicht so radikal, wie sie nach außen vielleicht gewirkt haben“, erinnert sich Sigi Maurer, die damals ÖH-Vorsitzende war. „Der Fokus vieler Arbeitskreise war die Verbesserung der individuellen Situation an der Universität, mit der Zusatzforderung nach ECTS-Punkten für den Aktivismus im Audimax. Auch daran zeigt sich, wie weit die Durchdringung der Gesellschaft, auch der Studierenden, mit ökonomischen Prinzipien vorangeschritten ist“, stellt Maurer fest und ergänzt: „Das wäre eine



Foto: Martin Juen



Foto: Luiza Puutu

Möglichkeit gewesen, darüber nachzudenken, was das Ziel von Lehre und Studium sein sollte – das haben die meisten Universitäten aber verabsäumt.“

Neben der individuellen Unzufriedenheit mit dem Studium sei aber auch ein kollektives Unbehagen mit dem Wandel der Hochschullandschaft durch diese Proteste ersichtlich geworden, sagt Barbara Blaha: „Der Funke in der #unibrennt-Bewegung war dieses dumpfe Gefühl, dass die Unis derzeit in die falsche Richtung laufen.“ Das habe sich für die Studierenden an vielen Kleinigkeiten des Studienalltags bemerkbar gemacht: Voraussetzungsketten, verschulte Lehrpläne, eine möglichst effiziente Verwertbarkeit der Lehrinhalte und „Employability“. Nicht umsonst wird mit der Protestbewegung rund um das Audimax der Spruch „Bildung statt Ausbildung“ verbunden. Gefordert wurden unter anderem eine Demokratisierung der Universitäten, der freie Hochschulzugang, die Abschaffung bzw. Nicht-Einführung von Studiengebühren und nicht zuletzt die Ausfinanzierung der österreichischen Universitäten. Ob #unibrennt ein paar Jahre später auch noch funktionieren würde, ist sich Blaha nicht sicher. „Der Gewöhnungseffekt ist ein Hund. Und inzwischen ist der ökonomische Druck – etwa durch die weitere Verringerung der Familienbeihilfe und die Nicht-Anpassung der Studienbeihilfe – so hoch, dass ich von niemandem verlangen kann, links oder rechts zu schauen. Die Menschen rennen durch ihr Studium – weil sie müssen.“

IN WESSEN AUFTRAG? Längst hat also eine ganze Reihe von Mechanismen dazu geführt, dass marktwirtschaftliche Logiken Einzug in das Hochschulwesen gehalten haben. Laut Luise Gubitzer wird eine Ökonomisierung von Bildung und Bildungsinstitutionen

auf mehreren Ebenen sichtbar. Nicht zuletzt hat auch die chronische Unterfinanzierung der Universitäten durch den Staat zunehmend private AkteurInnen auf den Plan gerufen. Dass die erste Ankündigung Mitterlehners war, die Finanzierung von Forschung durch Drittmittel noch stärker ausbauen zu wollen, sieht Gubitzer als Problem: „Das bedeutet, dass der Staat sich zunehmend aus seiner Aufgabe, universitäre Bildung zu finanzieren, zurückzieht und sie immer mehr auf eine Basisfinanzierung reduziert. Den Rest müssen sich die Unis dann anderswo holen. Das halte ich für eine riesige Gefahr.“ Die komplette Ausfinanzierung der öffentlichen Universitäten ist aus Gubitzers Sicht nämlich Aufgabe des österreichischen Staates. Warum? „Weil öffentliche Bildung vielfach positive, multiplikative Effekte hat“, so Gubitzer – etwa das Reflektieren von gesellschaftlichen Prozessen, aus denen sich wiederum Forschungsaufgaben und Lehrgegenstände für die Universität ergeben. „Die öffentliche Uni muss sich immer wieder mit den Aufgaben, die sie gegenüber der Gesellschaft wahrnehmen muss, in Beziehung setzen“, so Gubitzer.

Auch die Rolle von Sponsoring gelte es kritisch zu beobachten. Nirgendwo wird die wachsende Bedeutung von privaten Geldern so gut sichtbar wie bei einem Spaziergang durch den neuen WU-Campus mit seinem *OMV Library Center* und seinem *Red Bull-Hörsaal*. Die ständige Präsenz der Firmennamen mache ein kritisches Hinterfragen dieser Unternehmen schwieriger, so Gubitzer. Außerdem sei problematisch, dass es zunehmend zur Selbstverständlichkeit werde, dass sich Universitäten auf diese Weise finanzieren. „Die WU wurde ja mit öffentlichen Mitteln gebaut. Die Frage ist, wofür das Hörsaalsponsoring eigentlich verwendet

wird.“ Wenn damit etwa ein Kongress finanziert wird, werde dorthin wohl niemand eingeladen, der dem sponsernden Unternehmen kritisch gegenübersteht, befürchtet Gubitzer.

Über die Konsequenzen dieser Entwicklungen gelte es nicht nur innerhalb der Universitäten, sondern auch als Gesellschaft nachzudenken. „Die Unternehmen wissen ganz genau, was sie von der Uni verlangen, während die gesellschaftlichen Gruppen viel zu wenig fordern“, sagt Gubitzer. Statt die Unis zunehmend darauf zu reduzieren, dass sie Studierende ausbilden, müsse sich die Gesellschaft bewusst machen, was sie von einer Universität, die aus Steuermitteln finanziert wird, erwartet. Eine öffentliche Universität habe nämlich komplett andere Aufgaben als ein gewinnorientiertes Unternehmen, so Gubitzer. Statt die Universitäten also dem Wettbewerb um gutes Abschneiden bei Rankings zu überlassen, müsse die Öffentlichkeit fragen, was sie eigentlich von der Forschung hat. „Menschen, die in den Universitäten sind und noch etwas anderes wollen, als Studierende für den Arbeitsmarkt auszubilden, müssen gestärkt werden, um Lehre und Forschung voranzubringen.“ Das und eine Wiederaufwertung der internen Mitbestimmung an den Universitäten wären laut Gubitzer erste dringende Voraussetzungen, um die Unis wieder auf einen anderen Kurs zu bringen.

Theresa Aigner ist freie Journalistin in Wien.

Für ein ausführliches Interview mit der Ökonomin Luise Gubitzer lies weiter auf www.progress-online.at.

BILDUNG



Privatunis ohne Demokratie

Aufgrund einer Gesetzesnovelle sind Studierende an Privatunis seit 2005 nicht mehr Teil der ÖH. Es folgte ein Kampf für eine gesetzliche Vertretung.

Studierende an einer Privatuniversität haben laut dem Privatuniversitätengesetz (PUG) die gleichen Rechte wie jene an öffentlich-rechtlichen Universitäten. Im Gegensatz zu öffentlichen Unis, FHs oder PHs ist die Vertretung Privatuni-Studierender jedoch nicht gesetzlich verankert, da sie als einzige nicht vom HochschülerInnenschaftsgesetz (HSG) erfasst werden. Durch die im Jahr 2005 erfolgte Novellierung des HSG durch die schwarz-blaue Regierung wurden Privatuni-StudentInnen aus der ÖH ausgeschlossen. Sie hätten „kein Interesse an der Mitgliedschaft in der Österreichischen HochschülerInnenschaftsgesetz“, so die offizielle Begründung für die Gesetzesänderung. Seitdem fehlt Studierenden an Privatunis nicht nur die studienrechtliche Absicherung, sondern auch eine bundesweite Vertretung. Viktoria Spielmann vom Vorstandsteam der ÖH-Bundesvertretung kann das nicht nachvollziehen: „Für uns ist nicht verständlich, warum Studierende der Privatunis weniger demokratische Rechte haben sollen. Wir kämpfen schon seit einiger Zeit dafür, dass an allen Privatunis Studierendenvertretungsstrukturen entstehen. Diese sind in den meisten Fällen bisher nicht vorhanden und daher sind Studierende permanent vom guten Willen der Studienleitung oder des Rektorats abhängig. Studentische Mitbestimmung im Alltag der Hochschule zu gewährleisten ist unter diesen Umständen äußerst schwierig.“

Privatunis können in Österreich seit 1999 gegründet werden, für deren Zulassung ist die *Agentur für Qualitätssicherung und Akkreditierung Austria* (AQ Austria) zuständig. Diese sieht die studentische Mitbestimmung zwar als wichtig an, gibt für die Umsetzung aber nur eine Richtlinie vor: Jede Privatuniversität soll gemeinsam mit den Studierenden eine gewählte Studierendenvertretung einrichten. Wie diese genau aussieht, ist den Privatunis selbst überlassen. Die Rechte und Pflichten der StudentInnen sind in der jeweiligen Satzung oder den Aufnahmeverträgen festgehalten. So variiert etwa die Anzahl der StudierendenvertreterInnen in den Gremien von Universität zu Universität. Spielmann erläutert: „Die Rechtsverhältnisse zwischen Studierenden und der Privatuni sind privatrechtlicher Natur. Das

bedeutet, dass Studierende der Privatunis sehr viel weniger Rechte haben als Studierende an öffentlichen Universitäten. Konkret heißt das auch, dass es Studierenden an Privatunis sehr viel schwerer gemacht wird, gegen ihre Universität rechtlich vorzugehen, etwa im Falle einer studienrechtlichen Überschreitung.“ Studierende an Privatuniversitäten können aber Beschwerden über Missstände und nicht rechtskonforme Vorgangsweisen schriftlich bei der *AQ Austria* einbringen.

OMBUDSSTELLE. Einen Überblick über die Probleme der Privatuni-Studierenden liefert die Ombudsstelle für Studierende. Diese nimmt sowohl bei individuellen Problemfällen als auch bei systemischen Missständen eine vermittelnde Rolle ein, wenn die lokalen Studierendenvertretungen nicht weiterhelfen können. Trotz des Ausschlusses aus der ÖH wenden sich Studierende an Privatuniversitäten nicht öfter an die Ombudsstelle als andere Studierende: Zwei Prozent der bearbeiteten Anliegen wurden laut dem Tätigkeitsbericht der Ombudsstelle von Privatuni-Studierenden eingebracht. Nach ihrer Beratungstätigkeit im vergangenen Berichtsjahr schlägt die Ombudsstelle den RektorInnen der Privatunis vor, dass Privatuniversitäten nach erfolgter Aufnahme tatsächlich einen Ausbildungsvertrag mit den Studierenden abschließen sollten. Dieser soll unter anderem die Kosten der Ausbildung, Hinweise auf die Akkreditierung, das gültige Curriculum sowie Gründe für die Auflösung des Vertrages umfassen.

KAMPF GEGEN RECHTLOSIGKEIT. Für die rechtliche Absicherung und die bundesweite Vertretung der Privatuni-Studierenden machen sich verschiedene Personen und Institutionen stark: So forderte beispielsweise Michael Rosenberger, Rektor der Katholisch-Theologischen Privatuniversität Linz (KTU Linz), in einer Stellungnahme zum Entwurf einer Novelle des HSG die Einführung einer Öffnungsklausel, die einen freiwilligen Beitritt von Studierenden zu Privatuniversitäten zur ÖH ermöglicht. Ein Großteil der Studierenden der KTU Linz – so Rosenberger – befände sich in einer ähnlichen Lebenssituation wie jene an den

staatlichen Unis, und würde daher Angebote wie etwa die Unfall- und Haftpflichtversicherung sehr dankbar annehmen. Weiters möchte die Studierendenvertretung der KTU Linz auch auf Bundesebene politisch vertreten werden und wünscht sich daher, wieder in die ÖH eingegliedert zu werden. Die ÖH-Bundesvertretung würde eine erneute Eingliederung der Studierenden der Privatunis begrüßen, denn niemand sollte ohne gesetzliche Vertretung ein Studium bestreiten müssen. Spielmann formuliert das so: „Die ÖH-Bundesvertretung setzt sich für den einheitlichen Hochschulsektor ein, das bedeutet die rechtliche Gleichstellung aller vier Hochschulsektoren: öffentliche Universitäten, Fachhochschulen, Pädagogische Hochschulen und Privatuniversitäten. Unser langfristiges Ziel ist ein öffentlich finanzierter, gemeinsamer und moderner Hochschulsektor.“

Einen anderen Weg geht der 2011 gegründete *Verein zum Aufbau und zur Förderung einer bundesweiten Studierendenvertretung der Privatuniversitäten*. Dieser hat das Ziel, die Vertretungen zu verbessern, zu unterstützen und Kontinuität in der Arbeit der StudierendenvertreterInnen zu fördern. Die Funktionsperiode von Studierendenvertretungen an Privatuniversitäten beträgt nämlich nur ein Jahr, halb so lange wie jene der ÖH. Darauf wird der Mangel an Kontinuität zurückgeführt. Zudem sollen sich die Studierendenvertretungen der Privatuniversitäten untereinander vernetzen und geschlossen nach außen auftreten. Bis eine bundesweit gewählte und gesetzlich geregelte Studierendenvertretung in der Lage ist diese Arbeit zu übernehmen, will der Verein diese Aufgabe erfüllen. Da die 2012 erfolgte Neuregelung des Hochschul-Qualitätssicherungsgesetzes vorsieht, dass ein Vertreter des Vereins in der Generalversammlung der AQ Austria Mitglied ist, scheint der Status der Studierendenvertretung der Privatuniversitäten als Verein „einzementiert“ zu sein, sollte es nicht demnächst zu einer mutigen HSG-Reform kommen.

Andreas Freund studiert Romanistik sowie Publizistik und Kommunikationswissenschaft an der Universität Wien.



Ausgebremste Beschleunigungsreform

Das Beispiel Dänemark zeigt, dass eine linke Minderheitsregierung, Studienplatzfinanzierung und Zugangsbeschränkungen nicht gegen Einsparungen bei Universitäten und Stipendien schützen. Der Widerstand einer aktiven Studierendenbewegung aber möglicherweise schon.

Foto: Rasmus Preston

Als im November vergangen Jahres circa 8.000 Studierende in der Kopenhagener Innenstadt demonstrierten, drehte sich alles ums Thema Geschwindigkeit. Parolen wie „Schneller raus – Nein danke“, „Beeil dich langsam“ und „Freiheit zur Vertiefung“ waren zu lesen und zu hören. Die meisten Fakultäten und Institute der Universität Kopenhagen waren blockiert und auch an den Unis in Roskilde, Odense und Århus fanden Protestaktionen statt.

VOLLZEITSTUDIUM ALS PFLICHT. Die Slogans richteten sich gegen die im April 2013 vom Parlament fast einstimmig beschlossene „Beschleunigungsreform“, mit der die durchschnittliche Studienzeit der dänischen Studierenden verringert werden soll. Vorgehen sind Verschärfungen im dänischen Stipendien-system, neue Regeln für die Prüfungs- und Studien-administration und Änderungen bei der Finanzierung der Universitäten.

Derzeit haben dänische und gleichgestellte ausländische Studierenden, für die Mindeststudienzeit samt einer Reserve von zwölf Monaten Anspruch auf die mit circa 710 Euro bemessene Studienbeihilfe. Die Reform sieht jedoch vor dieses Recht strikt an den Studienerfolg zu koppeln: Wer mehr als 30 ECTS in Verzug gerät, verliert den Anspruch, bis die Verzögerung wieder eingeholt ist. Des Weiteren soll eine verpflichtende Anmeldung zu Kursen und Prüfungen im Umfang von 60 ECTS pro Jahr eingeführt werden. Wer ein Fach nicht besteht, muss dieses im darauffolgenden Semester zusätzlich wiederholen. Diese Maßnahmen werden von vielen Studierenden als Gängelung empfunden.

Auch die Universitäten werden durch die Reform in die Pflicht genommen, ihre Studierenden zu schnelleren Abschlüssen anzutreiben. Laut Angaben der Unis wurden die Mittel der Studienplatzfinanzierung im Laufe der letzten 20 Jahre um insgesamt 20 Prozent gekürzt. Dies hat sie zunehmend von anderen öffentlichen Mitteln abhängig gemacht, deren Vergabe jetzt an die Senkung der Durchschnittsstudienzeit gekoppelt wird. Für die Universität Kopenhagen beispielsweise stehen circa 46,2 Millionen Euro auf dem Spiel.

Die Universitätsleitung plante daher ein Verbot von Studienunterbrechungen und eine Verpflichtung, Lehrveranstaltungen im Ausmaß von mindestens 45 ECTS pro Jahr abzuschließen. Auch deshalb blockierten die Kopenhagener Studierenden ihre Universität und gingen zahlreich auf die Straße.

NEUE PROTESTFORMEN. Die Protestaktionen der Studierenden im November zeigten vorläufig Wirkung. Noch am selben Tag nahm das Rektorat der Universität Kopenhagen Abstand von den ursprünglichen Plänen und lud die Studierenden ein, gemeinsam an der Umsetzung der politischen Anforderungen zu arbeiten. Protestaktionen und Blockaden anlässlich öffentlicher Auftritte des Unterrichtsministers Morten Østergaard fanden aber weiterhin statt. Auch Universitätsleitungen äußerten sich vermehrt kritisch gegenüber der Reform, die sie als Bürokratisierung erleben. Als Reaktion wurde die Reform nun vorerst um ein Jahr verschoben.

Regierung und Studierende interpretieren diese Entscheidung jedoch unterschiedlich: Østergaard konstatierte trotz, dass die „Demonstrationen an sich nichts bewegt haben“. Die Studierenden hingegen verbuchen die Verzögerung als Erfolg. Auch Magnus Pedersen, ehemaliger Vorsitzender der landesweiten Studierendenorganisation DSF, sieht den Aufschub als Reaktion auf die Proteste: „Das war ein wichtiger symbolischer Sieg. Es ist mit einer Ausnahme das erste Mal, dass die derzeitige Regierung eine politische Maßnahme nach öffentlichem Druck wieder zurückzieht.“

Magnus führt diesen Erfolg auf eine Änderung der Strategie der Studierendenbewegung zurück: „Bis 2003 waren außerparlamentarische Protestformen bei vielen Studierendenorganisationen statutenmäßig ausgeschlossen.“ Dies änderte sich nachdem die damalige konservative Regierung eine Entdemokratisierung der Universitäten beschloss: „Die Teilnahme in Gremien war bedeutungslos geworden. Plötzlich brauchte man neue Waffen.“ Auf Universitäts- und Institutebene konnten mit Blockaden und Demonstrationen schnell Erfolge erzielt werden und es gelang mehrmals

Stipendienkürzungen abzuwehren. Folgen waren eine gesteigerte Akzeptanz der neuen Protestformen und die Politisierung vieler Studierender. „Diese Entwicklung führte zu der kräftigen Beteiligung Ende des Jahres. Die Studierenden ernten jetzt die Früchte jahrelanger Mobilisierungsarbeit“, erklärt Magnus.

WEITERE REFORMEN. Im Hintergrund der aktuellen Auseinandersetzung rund um die Beschleunigungsmaßnahmen stehen tiefergehende Veränderungen des dänischen Universitätssystems und des Arbeitsmarkts. 2012 gaben 80 Prozent der dänischen Studierenden an, neben ihren Studien zu arbeiten, und zwar durchschnittlich über 12 Stunden pro Woche. Lange Studienzeiten scheinen auch eine Konsequenz davon zu sein. Für viele Studierende ist die Berufstätigkeit aber notwendig – um ihren Unterhalt bestreiten zu können und um die eigenen Chancen am angespannten Arbeitsmarkt zu erhöhen. 27,9 Prozent der dänischen Uni-AbsolventInnen, deren Abschluss weniger als ein Jahr zurückliegt, sind derzeit arbeitslos. Diese Trends werden durch die Reform noch verstärkt, und damit der Druck auf die Studierenden erhöht.

Seit dem Aufschub der Reform bewegt sich die öffentliche Debatte nun in andere, nicht weniger umstrittene Richtungen. Ende Dezember vermeldete Østergaard, dass die Anzahl an Studienrichtungen reduziert werden müsse, um es ArbeitgeberInnen leichter zu machen AbsolventInnen anzustellen. Im Januar regte eine im Vorjahr eingesetzte Produktivitätskommission im Einklang mit mehreren Uni-RektorInnen an, die Vergabe von Studienplätzen direkt an den Bedarf am Arbeitsmarkt zu koppeln. Die im Februar neu bestellte Unterrichtsministerin, Sofie Carsten Nielsen, deutete bei ihrer Angelobung an, den Reformkurs ihres Vorgängers fortsetzen zu wollen. Dänische Studierende werden also wohl auch in Zukunft einige Gründe haben, auf die Straße zu gehen und auf die Reformbremse zu steigen.

Robin Tschötschel studiert Global Studies an der Universität Roskilde und lebt in Kopenhagen.

Alles neu im Lehramt?

Rund vier Stunden mehr pro Woche in der Klasse, weniger Geld, Berufseinstieg schon nach dem Bachelor – die Regierung hält das neue LehrerInnendienstrecht für einen Geniestreich, die Gewerkschaft ist sauer. Passend dazu wird auch die Ausbildung für angehende LehrerInnen komplett neu konzipiert. Was bedeutet das alles konkret für Lehramtsstudierende?

Demonstrationen, ein scheinbar unendlicher Koalitionskrieg zwischen SPÖ und ÖVP, innerparteiliche Flügelkämpfe und ein zähes Ringen zwischen Gewerkschaft und Regierung prägten die insgesamt über ein Jahrzehnt dauernden Verhandlungen über das neue LehrerInnendienstrecht. Am 17. Dezember des vergangenen Jahres wurde das Gesetz dann im Parlament beschlossen. Ab dem Schuljahr 2019/20 tritt es voll in Kraft – bis dahin können neu in den Dienst eintretende LehrerInnen zwischen dem neuen und dem alten Dienstrecht wählen. Das neue Modell betrifft in erster Linie das Gehalt der LehrerInnen: Statt zweijährigen Gehaltssprüngen gibt es nun nur noch sieben Gehaltsstufen. Außerdem werden erstmals alle LehrerInnen gleich bezahlt, egal an welchem Schultyp sie unterrichten. Das Einstiegsgehalt der AHS- und BHS-LehrerInnen steigt dabei um rund 200 Euro, das der Volks-, Haupt- oder SonderschullehrerInnen um rund 400 Euro. In Bezug auf die Anzahl der Unterrichtsstunden bringt das neue Dienstrecht mit sich, dass LehrerInnen zwei bis vier Stunden pro Woche länger in der Klasse stehen müssen. Eine Zulage von bis zu 679 Euro pro Monat gibt es in allen Schultypen für Fächer, die mit einem höheren Vor- oder Nachbereitungsaufwand verbunden sind. Auch für Leitungs- oder Beratungsfunktionen sind zusätzliche Vergütungen vorgesehen.

MEHR ARBEIT FÜR WENIGER GELD. Kritik an dem neuen Dienstrecht übt unter anderem die *Initiative für ein faires Dienstrecht für LehrerInnen* (IFDL), eine unabhängige und überparteiliche Gruppe von JunglehrerInnen sowie LehramtsstudentInnen. Sie hat sich über soziale Netzwerke organisiert und tritt vehement gegen das neue Dienstrecht auf. Der IFDL ist vor allem die Ausweitung der Lehrverpflichtung ein Dorn im Auge: Sie würde sich vor allem in den Sprachfächern, aufgrund der hohen Vor- und Nachbereitungszeit potenzieren, so das Argument. PH-Studentin Anna Rauch schließt sich dieser Kritik an: „Vier Stunden mehr aktiv zu unterrichten, das fällt ins Gewicht. Da bleibt auf jeden Fall weniger Zeit für Vor- und Nachbereitung.“ Auch die individuelle Betreuung der SchülerInnen würde darunter leiden. Außerdem entsteht durch die erhöhte Arbeitszeit und die geringere Bezahlung auf lange Sicht eine erhebliche Gehaltseinbuße.

Des Weiteren bemängelt die IFDL, dass bei der Kalkulation der Arbeitszeit von LehrerInnen nur die reine Unterrichtszeit miteinbezogen wird. Auch

Vor- und Nachbereitung, Gangaufsichten, Gespräche, Vertretungsstunden, Organisationsarbeit, Konferenzen, Fortbildungen (welche nunmehr außerhalb der Unterrichtszeit stattfinden müssen) etc. müssten berücksichtigt werden. Kritisiert wird auch die neue Regelung, dass LehrerInnen in Fächern eingesetzt werden können, für die sie nicht ausgebildet sind. Darf man als DeutschlehrerIn also künftig Physik unterrichten? Das Unterrichtsministerium erklärte in einem Telefonat: „Nein! Hier wurde die Bestimmung vom alten Gesetz übernommen. Dass LehrerInnen vermehrt fachfremd eingesetzt werden sollen, ist ein Gerücht, das sich hartnäckig hält.“ Wenn LehrerInnen länger als ein Semester ein Fach unterrichten sollen, für das sie nicht ausgebildet sind, bedarf dies laut dem neuen Dienstrecht ihrer Zustimmung, sonst kann das nur vorübergehend und „aus wichtigen dienstlichen Gründen“ passieren.

Anne-Sophie Zechmeister, die an der Uni Wien Lehramt Englisch und Deutsch studiert, fühlt sich durch die ständigen Änderungen zunehmend entmutigt: „Durch laufende Erneuerungen – neues LehrerInnendienstrecht, Zentralmatura, Bildungsstandards etc. – fühlt man sich als angehende/r JunglehrerIn doch etwas überfordert. Von Transparenz ist keine Spur. Es scheinen sich jede Menge Herausforderungen anzuhäufen, die man nach dem Studium bewältigen soll.“

Die Vorsitzende der neuen *Studienprogrammleitung Lehrer/innenbildung*, Universitätsprofessorin Barbara Schneider-Taylor, sieht ebenfalls noch viel Klärungs- und Aufklärungsbedarf, was das neue Dienstrecht angeht: „Ich sehe mich selbst dafür verantwortlich, dass die Studierenden der Universität Wien noch mehr als bisher auf diese Problematik aufmerksam gemacht werden.“ Sie will die Studierenden aber auch anregen, sich selbst im Zuge ihrer Ausbildung stärker mit der Thematik zu befassen: „Studierende des Lehramts müssen, ebenso wie andere Studierende, während ihres Studiums ein Bewusstsein entwickeln, in welchem rechtlichen Raum sie sich künftig bewegen werden.“

BOLOGNA-SYSTEM UND MEHR PÄDAGOGIK. Nicht nur das Dienstrecht, auch die LehrerInnen-ausbildung wird sich verändern. Glaubt man dem Ministerium, soll mit der *Pädagog/innenbildung NEU* die Qualität der Ausbildung gesteigert werden. Mit dem Studienjahr 2014/15 müssen alle Lehramtsstudien an der Uni Wien vom Diplomstudium auf

das Bachelor-Master-System umgestellt werden. Dadurch sollen die Lehramtsausbildungen einheitlich werden. Unabhängig vom Schultyp müssen alle LehramtsstudentInnen an Uni und PH dann ein vierjähriges Bachelorstudium absolvieren. Danach ist, eventuell berufsbegleitend, ein ein- bis eininhalbjähriges Masterstudium anzuhängen, das für eine Fixanstellung nötig ist. Vorgesehen ist dabei eine stärkere Kooperation der PHs mit den Universitäten. „Die Idee ist, dass PH und Unis keine Konkurrenten mehr sind“, heißt es aus dem Ministerium. Die Zusammenarbeit soll auch im Bereich der Weiterbildung intensiviert werden. Hehres Ziel des Ministeriums ist eine stärkere Durchlässigkeit zwischen Unis und Pädagogischen Hochschulen, sie sollen gleichwertig werden, Ministerium und Gewerkschaften wollen die Pädagogischen Hochschulen „akademisieren“: Ab 2029 sollen nur noch Master-AbsolventInnen in den Klassen stehen. Für künftige PflichtschullehrerInnen dauert die Ausbildung somit fast doppelt so lange wie bisher.

Auf das Studium folgt, anstatt des bisherigen Unterrichtspraktikums, eine ein- bis zweijährige Berufseinführungsphase bei bereits bestehendem Dienstverhältnis. In dieser Zeit werden die jungen LehrerInnen von speziell ausgebildeten MentorInnen begleitet. Außerdem kann währenddessen das Masterstudium absolviert werden. Lisa Strasser, seit zwei Jahren Volksschullehrerin in Wien, ist skeptisch: „Mir fehlt jetzt schon die Zeit, um mich mehr vorzubereiten. Bei einem zusätzlichen Master leidet die Qualität hundertprozentig.“ Auch Maria Wörister, die an der Uni Wien Deutsch und Geschichte auf Lehramt studiert, ist davon überzeugt, dass die Qualität des Unterrichts durch die neue Ausbildung eher sinkt als steigt: „Die Erhöhung der Arbeitszeit bringt mit Sicherheit Verschlechterungen im Betreuungsverhältnis mit sich.“

AUFNAHMEVERFAHREN. Ab nächstem Wintersemester gibt es laut dem neuen Universitätsgesetz auch für das universitäre Lehramtsstudium ein Aufnahmeverfahren. Bisher war das nur an den Pädagogischen Hochschulen der Fall. Für das Wintersemester 2014/15 ist an der Uni Wien ein dreistufiges Prozedere vorgesehen. Es handelt sich dabei jedoch nicht um eine Selektion. Alle, die das ganze Verfahren durchlaufen, bekommen einen Studienplatz. Zuerst findet ein Online-Assessment statt, in dem die persönlichen Erwartungen und Interessen



Foto: Johanna Rauch

geklärt werden können, der Informationsstand zum Lehramt vertieft wird und die AnwärterInnen sich anhand psychologischer Tests mit ihrer persönlichen Eignung auseinandersetzen. Weiters wird es am 1. September einen schriftlichen Test über logisch-schlussfolgerndes Denken, verbale und analytische Grundkompetenzen sowie Wissen über eine Sammlung einführer bildungswissenschaftlicher Texte geben. Alle BewerberInnen, die 30 Prozent der Punkte erreichen, werden automatisch zugelassen, die anderen werden zu einem Informations- und Beratungsgespräch eingeladen und erhalten eine Analyse ihrer Testergebnisse und Empfehlungen zum Studieneinstieg. Laut einem Newsletter des Rektorats der Uni Wien erwartet man sich davon, „dass die strukturierte Auseinandersetzung mit dem Studienwunsch und dem Berufsbild LehrerIn zu einer fundierten Studienwahl und einem besseren Studieneinstieg führt“. Das Vorsitzteam der ÖH-Bundesvertretung sieht das anders: „Die geplanten Aufnahmeprüfungen für alle PädagogInnen lehnen wir aufs Schärfste ab. Aufnahmeverfahren hindern vor allem finanziell schlechter gestellte Studierende am Studium. Die Universität Innsbruck plant sogar, rechtswidrige Gebühren für den Aufnahmetest zu verlangen. Zudem ist die Überprüfung der scheinbaren Eignung bereits vor Antritt des Studiums mehr als fragwürdig.“ Wie andere Universitäten das Aufnahmeverfahren im Detail gestalten wollen, ist noch nicht bekannt.

An den Studienplänen für das *Lehramt NEU* beteiligt das Ministerium noch. Bis zum Wintersemester 2015/16 sollen sie fertig sein. Fachdidaktik,

pädagogische Inhalte und Wahlfächer sollen ausgebaut werden, ebenso sollen mehr Praxisstunden an Schulen absolviert werden. Außerdem sind im *Lehramt NEU* Zeitfenster vorgesehen, die LehramtsstudentInnen anregen sollen, ins Ausland zu gehen und Erfahrungen für den Umgang mit immer multikulturellen Klassen zu sammeln.

LEHRAMT NEU DENKEN. Eine Änderung des Curriculums wird von den Lehramtsstudierenden aber durchwegs positiv aufgenommen: „Pädagogik sollte viel praxisbezogener sein. Wie man mit SchülerInnen im Unterricht umgeht, muss viel ausführlicher besprochen werden. Und nicht zuletzt müsste man als StudentIn viel öfter und früher Unterrichtsstunden halten, um herauszufinden, ob der Beruf überhaupt für einen geeignet ist“, sagt Ulli Grill, die in Wien Mathematik und Darstellende Geometrie auf Lehramt studiert. Auch die PH-Studentin Julia Schmidt stimmt dem zu: „Das Wichtigste ist die Praxis. Davon haben wir auf der PH schon viel, aber es kann ruhig noch mehr sein. Vor allem in der AHS fehlt die Praxis.“ In ihrem bildungspolitischen Positionspapier *Forum Hochschule* sieht die ÖH-Bundesvertretung es als künftige Herausforderung der LehrerInnenausbildungen, die Stärken der praxisbezogenen PH- und der fachlich-wissenschaftlichen Uni-Ausbildung in einem gemeinsamen System zu vereinen.

Simon Weinberger ist Lehramtsstudent an der KFU Graz für die Fächer Physik und Geographie und kritisiert vor allem die inadäquate Behandlung der LehramtsstudentInnen an den Universitäten: „Oft sind die Lehrveranstaltungen für LehramtsstudentInnen nicht

an ihren späteren Berufsweg angepasst. Aufgrund von Sparmaßnahmen haben wir oft die selben Lehrveranstaltungen wie jene Studierenden, die das Fach nicht auf Lehramt studieren. Das ist nicht förderlich.“

Während die Kritik am Dienstrecht überwiegt und sich kaum zustimmende Positionen unter den angehenden LehrerInnen finden, wird die neue Ausbildung differenzierter beurteilt: Moritz Deininger, der an der KFU Graz Englisch und Geschichte auf Lehramt studiert und sich auch in der Studienvertretung engagiert, spricht abschließend noch einen wichtigen Punkt an: das allgegenwärtige LehrerInnen-Bashing. „Was mich besonders nervt, ist der Reflex mich bereits jetzt für meinen zukünftigen Beruf rechtfertigen zu müssen. Die dienstrechtliche Debatte, zusammen mit der fragwürdigen Berichterstattung, hat da viel böses Blut gemacht und ich finde es unfair, dass wir angehenden Lehrenden das nun ausbaden können!“

Webtipps:

Fragen und Antworten zum neuen Dienstrecht: <http://bit.ly/1dSgbcu>

Blog der Initiative für ein faires Dienstrecht für LehrerInnen: <http://ifld-blog.at>

Lisa Breit studiert Publizistik, Margot Landl Lehramt Deutsch und Geschichte sowie Politikwissenschaften an der Universität Wien.



Blinde Flecken

Behinderung ist heute kein vorrangig medizinisches oder technisches Problem mehr, sondern vor allem ein soziales. Aus Angst vor sozialer Stigmatisierung schweigen noch immer viele Studierende über ihre Beeinträchtigung.

Als vor zwei Jahren die Campuserweiterung *Science Park* an der Johannes-Kepler-Universität Linz (JKU) eröffnete, fielen die ersten Hürden für Studierende mit Beeinträchtigung schnell auf. Nicht genormte Stiegen und Glastüren ohne Kennzeichnung erschwerten sehbehinderten Menschen das Fortkommen. Der Haupteingang führte über Treppen und noch heute muss Silke Haider mit ihrem Rollstuhl den LieferantInneneingang benutzen, um ins Gebäude zu gelangen. Damals engagierte sie sich in der Österreichischen HochschülerInnenschaft auf der JKU für Barrierefreiheit. Sie erinnert sich gut: „Eine Vorab-Begehung wurde vom Institut *Integriert Studieren* eingefordert, aber immer wieder abgelehnt. Erst als auch die ÖH nicht locker ließ, kam es zu einer Besichtigung.“ Der Bau war jedoch bereits abgeschlossen und die Barrieren in Beton gegossen. Zur gleichen Zeit feierte *Integriert Studieren* sein 20-jähriges Bestehen an der Universität, Festschriften wurden verfasst und der Stellenwert des Instituts seitens der JKU immer wieder betont.

Diese Geschichte ist symptomatisch für die Situation von gesundheitlich beeinträchtigten Studierenden an Österreichs Universitäten. Gerne werden Institute und Projekte gegründet, die ihrerseits gute Arbeit leisten, jedoch ein enklavisches Dasein hüten und nur gelegentlich öffentlich in Szene gesetzt werden. Dabei ist das Linzer Institut sehr umtriebig und die Situation für Studierende mit Beeinträchtigungen an der JKU durchaus zufriedenstellend. *Integriert Studieren* ist Anlaufstelle für derzeit knapp 80 Studierende,

die wegen ihrer funktionalen Einschränkung Unterstützung suchen. Außerdem wird dort zu integrativen Möglichkeiten neuer Technologien und des Internets im Bereich der Barrierefreiheit geforscht. Im Gespräch mit Andrea Petz, Mitarbeiterin am Institut, wird schnell klar, wo die Probleme im Umgang mit Barrierefreiheit an den Unis beginnen: „Eine Braillezeile ist in erster Linie ein technisches Hilfsmittel und bedeutet nicht gleich gelungene Integration“, so die Soziologin. Behinderung ist noch immer nicht im universitären Alltag angekommen, ihr Auftreten eine Irritation. Sie wird gesellschaftlich kaum thematisiert und ihre Bedeutung ist daher oft von der individuellen Interpretation abhängig.

REDEN IST SILBER, VERSCHWEIGEN IST GOLD. In einer vom Wissenschaftsministerium bundesweit durchgeführten Studie gab 2006 gut ein Fünftel aller Inskribierten an, eine gesundheitliche Beeinträchtigung zu haben. Bei der Hälfte der Betroffenen wirkt sich diese negativ auf ihr Studium aus. Eine Zahl, die weit über den Schätzungen der Unis liegt. Aber nur wenige Betroffene greifen auf die Angebote der universitären Servicestellen zurück. „Das Verhalten ist diesbezüglich sehr unterschiedlich“, erklärt Andrea Petz. „Manche kommen vom ersten Tag ihres Studiums an regelmäßig. Andere erscheinen erst, wenn der Schuh schon unerträglich drückt.“ Eindrücke, die sich in der Sozialerhebung widerspiegeln: Die Offenlegung der eigenen Behinderung scheint eine Frage des Müssens und nicht des Wollens zu sein.

Silke Haider hatte diesbezüglich keine Wahl. Ein Rollstuhl lässt sich nicht verstecken. Es sind vor allem Sehbehinderte, Lernschwache oder chronisch Kranke, deren Einschränkungen nicht sofort sichtbar sind, die sich die Frage stellen, wie sie nach außen mit ihrer Beeinträchtigung umgehen. Viele entscheiden sich für das Verschweigen, rücken nur im Anlassfall damit heraus und tragen somit oft ganz ungewollt zur Tabuisierung ihrer Situation bei. Mit technischer oder finanzieller Unterstützung ist zwar vielen geholfen, an ihrem sozialen Status ändert dies jedoch nur wenig. Zwar kann man – so ein Fazit des Spezial-Eurobarometers 2008 – den ÖsterreicherInnen keine behindertenfeindliche Einstellung nachsagen, aber: Nur weil kaum jemand mehr Probleme mit behinderten Menschen zu haben scheint, heißt das noch lange nicht, dass für diese keine mehr existieren.

So stellt sich nicht nur die Frage, ob man akzeptiert wird, sondern auch wie. Erst vor kurzem machte die ORF-Journalistin Rosa Lyon diese Ambivalenz sichtbar. Sie vertrat bei einem Ö1-Gespräch den Standpunkt, dass Menschen mit Beeinträchtigung nur am geschützten Arbeitsmarkt eine Chance hätten, da sie nicht gewinnbringend angestellt werden könnten. Wer solche Aussagen hört, überlegt zweimal, ob es wirklich notwendig ist, die eigenen Bedürfnisse zu thematisieren. Rücksicht wird allzu oft mit Schutzbedürftigkeit verwechselt und trägt zu einer Situation bei, in der man sich als BehinderteR erstmal von der restlichen Gesellschaft abgrenzen muss, um danach wieder integriert werden zu

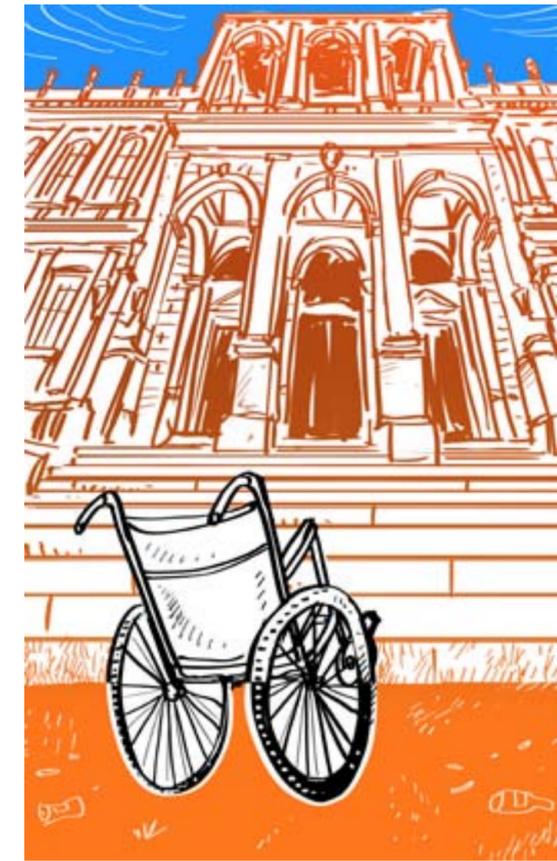
können. Es ist nicht die Rolle des selbstbestimmten Menschen, sondern jene des/der angewiesenen und hilfsbedürftigen BehinderteN, die/der einem/einer angeboten wird. Ein Bild, das niemand gerne von sich hat. Doch die Hemmschwelle für eine Offenlegung von Beeinträchtigungen zu senken, liegt selbst für aktive Servicestellen außerhalb ihrer Möglichkeiten. Außerdem werden schon kleinen Schritten in Richtung Alltäglichkeit Steine in den Weg gelegt. Seit Langem setzt sich das Institut an der JKU Linz etwa dafür ein, dass eine Info-Beilage über ihr Angebot zusammen mit anderen Informationsmaterialien bei der Inskription verteilt wird, bis heute jedoch ohne Erfolg.

SERVICE ODER SURVEY? Auch die Wissenschaft hat sich der sozio-kulturellen Dimension der Integration lange verschlossen. Erst in den letzten Jahren erfreuen sich die Disability Studies wachsender Aufmerksamkeit. Die aufkommende Disziplin vernetzt sich dabei stark mit Forschenden anderer Disziplinen, die ebenso an einem kritischen Verständnis von Identität und Normativität ansetzen. Laut den Soziologen Robert Gugutzer und Werner Schneider entsteht Behinderung nicht durch den Körper, sondern in seinem sozialen Kontext. Die Frage, ab wann körperliche Variation als Behinderung gilt, ist daher eine kulturelle. Die Forschungsarbeit auf diesem Gebiet ist deshalb von hoher Relevanz, weil die wenigsten Menschen auf persönliche Erfahrungen im Umgang mit Behinderung bauen können. Kulturell erlernte Handlungsroutinen, die ansonsten für einen reibungslosen Ablauf des Alltags sorgen, werden im Kontakt mit Behinderten oft zur Quelle des Unbehagens. Wie erklärt man etwa einem/einer sehbehinderten Kommilitonen/in den Weg zum gesuchten Hörsaal? Der blinde Wissenschaftler Siegfried Saerberg machte das Experiment und fragte PassantInnen nach dem Weg. Erklärungen wie „geradeaus“ oder „dort vorne“ sorgten in der Regel für die ersten Irritationen und so manche Erläuterung endete im Versuch, mit wilden Gesten die Auskunft zu verdeutlichen. Saerberg wollte mit seiner Studie vor allem eines aufzeigen: Solange Behinderung nicht im Alltag angekommen ist, fehlen uns schlichtweg die Konzepte, um ihr adäquat zu begegnen. Ihm den Weg so zu weisen, dass er es als sehbehinderter Mensch hätte verstehen können, das hat kaum jemand ad hoc geschafft. Entsprechende Routinen in der Gesellschaft zu verankern, ist ein

Kraftakt, auf einfache Lösungen darf man dabei nicht hoffen.

Was bleibt, ist ein schwieriges Thema, das viele Problemfelder öffnet und kaum Lorbeeren abwirft. In Anbetracht der schon bestehenden Unterstützung stößt der Einwand, dass bloße technische oder finanzielle Hilfe nicht genug ist, und Integration mehr heißt, schnell auf Unverständnis. Im Zweifelsfall hilft eine Sozialberatung den Betroffenen oft mehr, als eine Forschungsarbeit zur kulturellen Verortung von Behinderung in Auftrag zu geben. Aktivitäten im Zusammenhang mit Behinderung beschränken sich daher in der Regel auf sozial- und studienrechtliche Auskünfte und die barrierefreie Zugänglichkeit der Unis. Die Notwendigkeit dieser Angebote stellt niemand in Frage, nur verliert die gesellschaftspolitische Auseinandersetzung daneben an Substanz. Sie bekämpfen die Symptome, lassen aber das Grundproblem unberührt. Dabei war das nicht immer so: Vor ein paar Jahren noch gab es in Österreich eine interuniversitäre Forschungs- und Projektplattform. Beteiligt waren neben der JKU auch die TU Wien sowie die KFU Graz und die Universität Klagenfurt. Im Zuge der Universitätsreform 2002 wurden die Mittel für diese Initiativen von den nunmehr finanziell autonomen Universitäten jedoch gekürzt. Von den 14 Stellen am Linzer Institut *Integriert Studieren* sind heute gerade einmal drei Posten sicher finanziert. Der Rest läuft über Drittmittel. Von Seiten der Universität wird dabei stolz auf die Eigenständigkeit des Instituts verwiesen, der Umstand, dass es durch die prekäre Situation zu keinen österreichweiten Kooperationen mehr kommt, wird verschwiegen.

EIN ALLTÄGLICHER KAMPF. Studierende mit einer Beeinträchtigung dürfen wohl kaum auf eine spontane Verbesserung hoffen. Ihren sozialen Status werden sie sich auch in Zukunft hart erkämpfen müssen. Im Alltag heißt dies: Man ist durch und dann doch wieder nicht. Alle Studierenden haben Ärger mit Prüfungen und doch brauchen jene mit Beeinträchtigung manchmal andere Bedingungen, um gleiche Chancen zu haben. Verheimlicht man die Behinderung, vergibt man die Möglichkeit, dem eigenen Potential gerecht zu werden. Macht man keinen Hehl daraus, muss man zuerst einmal gegen gesellschaftliche Klischees ankämpfen. Diese Ambivalenz prägt das Leben von behinderten Studierenden. Für eine bewusste Entscheidung, zur eigenen Behinderung zu



Illustrationen: Simon Goritschnig

stehen, brauche es viel Selbstvertrauen, meint Silke Haider. In ihrer Schulzeit war sie immer die Andere, erst im Studium hatte sie genug davon. Ihre Arbeit in der Studierendenvertretung gab damals den Impuls zur Veränderung: Plötzlich stand nicht mehr der Rollstuhl im Fokus, sondern ihr politisches Engagement. Sich dafür zu entscheiden, nicht wieder in diese eine Ecke gedrängt zu werden, erfordert viel Ausdauer. Man stößt jeden Tag auf neue Barrieren. Viele davon können jedoch nicht am Gebäudeplan geortet und mit einer Rampe abgeschafft werden. Was bleibt sind die immateriellen Hürden. Sie wirken oft unbewusst und sind daher meist schwer zu benennen. Ihnen etwas entgegen zu setzen heißt Tag für Tag Vorurteile zu bekämpfen. Die Einsicht, dass es gemeinsam immer einfacher geht, würde auch die Arbeit von Andrea Petz erheblich erleichtern. Sie hofft auf den Tag, an dem das Entgegenkommen selbstverständlich und die Auskunft über rechtliche Bestimmungen im Telefonat obsolet wird. Die Integration von beeinträchtigten Studierenden kann nur dann ihrem Anspruch gerecht werden, wenn sie gesellschaftlich von einer Frage des Müssens zu einer Frage des Wollens avanciert.

Lukas Kaindlstorfer studiert Soziologie an der Uni Wien.

Die Broschüre „Barrierefrei Studieren“ mit Informationen zum Studienrecht (besondere Prüfungsmodalitäten, Erlass der Studiengebühren), Beihilfen, Anlaufstellen, u.v.m. zum Download unter oeh.ac.at (Downloads und Bestellen)

Beratungsangebot und Vernetzungsmöglichkeit an der ÖH: Referat für Menschenrechte und Gesellschaftspolitik (mere@oeh.ac.at)

Was halten deine Eltern von deinem Studium?



„Generell waren meine Eltern von meiner Studienwahl überrascht, weil niemand in meiner Familie an Naturwissenschaften interessiert ist. Ich denke, dass beide mein Studium gut finden, sich aber nicht wirklich vorstellen können, was ich dann später damit mache.“

Sonja, 20, Lebensmittel- und Biotechnologie, BOKU.



„Keiner von beiden hat selber Bio studiert, aber mein Vater hat einen größeren Bezug dazu. Er hat Wirtschaft studiert, hat aber auch ein paar Bio-Vorlesungen besucht. Ich weiß schon sehr lange, dass ich das machen will, also hatten meine Eltern genug Zeit sich darauf vorzubereiten. Ich habe nie gehört: Mach das nicht!“

Katharina, 19, Biologie, Uni Wien.



„Ich geh mal davon aus, dass sie recht begeistert sind, dass ich irgendwas Ordentliches mache. Sie sind sehr unterstützend. Ich hab' zumindest noch nie gehört, dass es ein Blödsinn sei, was ich mache. Wenn ich motze, sagen sie mir, dass ich mir das selber ausgesucht habe.“

Max, 21, Technische Physik, TU Wien.

Umfrage: Patricia Urban
Fotos: Alexander Götter



„Meine Eltern unterstützen mich wo's geht. Sie finden es gut, dass ich etwas mache, das mir gefällt. Solange ich es gerne mache, stehen sie hinter mir, egal was ich studiere. Optimal eigentlich! Sie sind da ziemlich unkompliziert.“

Esther, 20, Architektur, TU Wien.



„Ich glaube, meine Eltern halten grundsätzlich viel von meinem Studium, weil sie selbst in diesem Bereich tätig sind. Sie würden jedes Studium unterstützen. Am Wichtigsten ist, dass es für mich das Richtige ist. Aber sie regen mich auch an, die Studienwahl zu überdenken.“

Michi, 19, Psychologie, Uni Wien.

Service, das hilft!

Studieren Probieren

Seit dem Wintersemester 2009 ermöglicht die ÖH Bundesvertretung Studieninteressent_innen im Rahmen des Projekts *Studieren Probieren* Hochschulluft zu schnuppern und Lehrveranstaltungen ihres Wunschstudiums zu besuchen. Sie werden dabei von aktiven Studierenden begleitet, die nach dem Besuch der Lehrveranstaltung Fragen rund um das Studium und das Studierendenleben beantworten. Im Rahmen des Projekts wurden im vergangenen Wintersemester 501 Termine angeboten, bei denen 2.158 Personen beraten wurden. Um das Angebot an Studienrichtungen,

in die hineingeschnuppert werden kann, weiter ausbauen zu können, sucht das Projektteam ständig nach Studierenden, die Termine anbieten möchten. Vor allem Studierende außerhalb Wiens und insbesondere Studierende an Pädagogischen Hochschulen werden gesucht. Jeder abgehaltene Termin wird mit 34 Euro entlohnt. Nähere Informationen zum Projekt gibt es auf www.studierenprobieren.at und natürlich auf Facebook: facebook.com/studierenprobieren.

(CC)

Doktoratsstudium für FH-Absolvent_innen

Mit Bachelor und Master schließt man das Studium an Unis, FHs und PHs ab. Dies vermittelt den Eindruck eines einheitlichen Systems, in dem man ohne Probleme zwischen den verschiedenen Hochschultypen wechseln kann. Bei einem „fachlich relevanten“ oder „gleichwertigen“ Abschluss sollte ohne weitere Prüfungen das weiterführende Studium an einer anderen Bildungseinrichtung aufgenommen werden können. Leider bedarf es mitunter eines Gerichtsurteils, um dies auch tatsächlich zu ermöglichen. So auch im Falle eines FH-Absolventen, von dem verlangt wurde, für ein Doktorat an der TU Wien weitere Prüfungen zu absolvieren. Auf

studienplattform.at, dem Informationsportal der ÖH für alle Studiengänge an allen Hochschulen in Österreich, findest du deshalb eine übersichtliche Liste aller FH-Masterstudiengänge und der zugehörigen Verordnungen. Diese definieren klar, welche FH-Masterstudiengänge ohne weitere Prüfungen die Zulassung zum PhD ermöglichen und erleichtern dir somit den Weg zu deinem gewünschten Doktorat.

studienplattform.at/doktoratsstudium-fuer-fh-absolvent-innen

(JR)

POLITIK





Foto: Julia Pitt

Liberal, demokratisch, deutschnational?

Immer wieder versuchen Burschenschaften, ihre Rolle während der Deutschen Revolution 1848 zu glorifizieren und ihre Beteiligung am Nationalsozialismus kleinzureden. Ein Fest am 8. Mai soll die Mythen der Burschenschaften zementieren.

24. Jänner, Wien. Auf den Straßen demonstrieren Antifaschist_innen gegen den von der Wiener FPÖ organisierten „Akademikerball“, in der Hofburg tanzen schlagende Burschenschaftler und rechte Politiker_innen. In den darauffolgenden Tagen und Wochen wird eins dieser Ereignisse heiß diskutiert: die Demonstrationen und ihre Kollateralschäden, vor allem umgeworfene Mistkübel und eingeschlagene Fensterscheiben. Am 8. Februar findet darauffolgend in Linz der „Burschenbundball“ statt. Auch hier gibt es eine große antifaschistische Kundgebung, bei der allerdings Menschen aufgrund dunkler Kleidung vom Rest der Demonstration ausgegrenzt werden. Angeblich, um Szenarien wie in Wien zu vermeiden. Gebracht hat diese Entsolidarisierung außer einer fragwürdigen Spaltung der Demonstration nichts: Ein Diskurs um den Auslöser der Demonstrationen blieb, wie in Wien, aus. Stattdessen reden rechte Politiker_innen von der bedeutenden liberal-demokratischen Rolle der Burschenschaften während der Revolution 1848, im gleichen Atemzug wird dann meistens auch ihre Auflösung 1938 als „Beweis“ dafür genannt, dass die deutschnationalen Männerbünde nicht rechtsextrem seien.

166 JAHRE. Für den 8. Mai hat der *Wiener Kooperationsring* (WKR) ein „Fest der Freude“ angekündigt. Nicht um, wie im restlichen Europa, den Sieg der Alliierten über den Nationalsozialismus zu feiern, sondern die misslungene deutsche Revolution von 1848. 166 Jahre liegt die zurück – ein runder Jahrestag ist es nicht, den der WKR von der *Forschungsgesellschaft Revolutionsjahr 1848* unter Leitung eines *Olympia*-Mitglieds ausrichten lassen will. Das geplante Großereignis wird aber nicht nur von unrunder Jahreszahlen getrübt: In Österreich wurden die ersten Burschenschaften nämlich erst 1859 gegründet. Nichtsdesto-trotz will der WKR sein offenbar doch angeschlagenes Image aufpolieren, indem der Mythos, Burschenschaftler hätten in Wien 1848 für liberal-demokratische Grundwerte gekämpft, gefeiert wird.

Es ist nicht das erste Mal, dass deutschnationale Burschenschaften ihren revolutionären Moment zelebrieren. Im Mai 1998 veranstalteten Burschenschaftler einen „Revolutionskommers“, der ausgerechnet in der Wiener Hofburg stattfand. Neben 130 verschiedenen

Kooperationen kamen auch CV-Mitglieder und, wie die Burschenschaft *Aldania* stolz auf ihrer Webseite berichtet, eine „Abordnung der Südtiroler Freiheitskämpfer“. Die Burschenschaftler versuchen in ihrer Beschreibung des Fests gar nicht erst, ihre großdeutschen Intentionen zu verstecken: Die Wahlen zum „ersten und einzigen gesamtdeutschen demokratisch gewählten Parlament“ seien Anlass zum Feiern. Mit „demokratisch“ ist hier ein Wahlsystem gemeint, das nur selbstständigen, also mit einem gewissen Besitz ausgestatteten Männern das Wahlrecht verlieh, mit Parlament die Frankfurter Nationalversammlung. Die zu erwartenden Proteste gegen das „Fest der Freude“ am 8. Mai werden wohl mit ähnlichen Argumentationsmustern von Burschenschaftlern und ihren Befürworter_innen konfrontiert sein.

AKADEMISCHE LEGION. Zwar beteiligten sich 1848 in Wien anfänglich tatsächlich Studenten Seite an Seite mit Arbeiter_innen und Handwerker_innen an der Revolution, dennoch war deren Ziel stets die Errichtung einer großdeutschen Nation. Der Mythos einer gemeinsamen Achse von Studenten und Arbeiter_innen starb spätestens als sich die Studenten vom Kaiser bewaffnen ließen und die *akademische Legion* gründeten. Diese bekämpfte als Teil der Wiener Nationalgarde allzu „radikaldemokratische“ Kräfte. Der Ort für den „Revolutionskommers“ 1998 war damit vielleicht doch nicht so abstrus gewählt, wie er auf den ersten Blick scheinen mag.

Wenn sich österreichische Burschenschaften heute auf ihre Rolle in der deutschen Revolution 1848 beziehen, beziehen sie sich auf die Taten von Burschenschaftlern in Deutschland. Diese verbrannten dreißig Jahre zuvor auf der Wartburg Uniformen, „undeutsche Bücher“ und Literatur jüdischer Schriftsteller_innen, um danach eine konstitutionelle Monarchie und die Wehrpflicht für Deutschland zu fordern. Heute erscheint es eher skurril, solche Forderungen unter die Banner des Liberalismus und der Demokratie zu stellen.

Wie liberal die frühen Burschenschaften tatsächlich waren, zeigt auch das Beispiel des „Arierparagraphen“, den die Wiener Burschenschaft *Libertas* 1878 als erste Burschenschaft im deutschsprachigen Raum einführte. Die Idee dafür stammte vom österreichischen

Antisemiten Georg von Schönerer, einem Mitglied der *Libertas*, der die Bestimmung, nur mehr „arische“ Menschen aufzunehmen, in das deutschnationale *Linzer Programm* einbrachte.

MYTHOS AUFLÖSUNG. Ein weiterer Mythos, der gerne als Schutzschild vor die Burschenschaften gehalten wird, ist deren Auflösung während des Nationalsozialismus. Es stimmt, dass katholische, liberale oder zionistische Verbindungen zerschlagen wurden, die deutschnationalen Burschenschaften wurden jedoch als sogenannte Kameradschaften in den *Nationalsozialistischen deutschen Studentenbund* (NSDStB) aufgenommen. In Deutschland geschah dies 1935 auf der Wartburg, wo die Burschenschaftler ihre „alten Farben als Bekenntnis zur neuen Form im alten Geist feierlich ablegen“, wie der Burschenschaftsführer Otto Schwab es ausdrückte. Die Burschenschaften stellten eine direkte Verbindung zwischen ihrer Beteiligung an der Revolution 1848 und dem Nationalsozialismus her.

Auch die österreichischen Burschenschaftler, die zuvor im Untergrund für die verbotene NSDAP gekämpft hatten, sahen sich 1938 am Ziel ihres deutschnationalen Strebens: „Fast wollte es keiner glauben, dass das alles über Nacht zu Ende und der langersehnte Anschluss an das Reich durchgeführt sein sollte. Jeder kann sich noch an den unendlichen und dankbaren Jubel erinnern“, berichteten die Burschenschaftler der Kameradschaft *Adolf Ritter von Gutenberg*, der ehemaligen Hausburschenschaft der Hochschule für Bodenkultur, *Sylvania*, in ihren „Kameradschaftsteilungen“. Der völkische Nationalismus und Antisemitismus der Burschenschaften war mit dem Nationalsozialismus ohne Weiters kompatibel.

Die unrühmlichen Aktivitäten der Burschenschaftler endeten 1945 nicht. In den 1960er und 1970er Jahren wurden Proteste linker Studierender regelmäßig durch Kooperierte aufgelöst. Das „Fest der Freude“ im Mai jedenfalls scheint eine Imagekampagne zu sein – wohl nicht zuletzt, um die leeren Säle der Hofburg am nächsten „Akademikerball“ wieder voller zu machen.

Joël Adami studiert Umwelt- und Bioressourcenmanagement an der Universität für Bodenkultur Wien.

Freihandelstücken

Das geplante Handelsabkommen zwischen der EU und den USA könnte sozialstaatliche Errungenschaften in Bedrängnis bringen und die Ränder der Gesellschaft weiter wachsen lassen, befürchten KritikerInnen.

Verhandelt wird hinter verschlossenen Türen. Im Sommer 2013 starteten die Gespräche über jenes Abkommen, aus dem in absehbarer Zukunft die größte Freihandelszone der Welt entstehen soll: die *Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft* zwischen der EU und den USA (bekannt als TTIP). Dabei geht es vor allem um sogenannte nicht tarifäre „Handelsirritationen“, also etwa Standards rund um die Herstellung von Produkten und Dienstleistungen sowie Regelungen für InvestorInnen. Die Europäische Kommission und die US-Administration versprechen bei einem positiven Abschluss der Verhandlungen einen wirtschaftlichen Aufschwung und zusätzliche Beschäftigung. Die KritikerInnen hingegen befürchten Liberalisierungen durch die Hintertür und sehen bereits errungene Qualitäts-, Sozial- und Umweltstandards in Gefahr. Auch aus demokratiepolitischer Perspektive gibt es massive Bedenken. Gegen das TTIP formiert sich deshalb auf beiden Seiten des Atlantiks ein breiter zivilgesellschaftlicher Protest.

KEINE SPUR VON TRANSPARENZ. „Chlorhuhn“ und „Hormonfleisch“ machen seit Monaten Schlagzeilen in europäischen Medien, sie gelten gemeinhin als die Spitze dessen, was KonsumentInnen in der EU mit dem TTIP erwarten könnte. Tatsächlich ist aber noch kaum etwas darüber bekannt, welche konkreten Standards überhaupt verhandelt werden. Grund dafür ist die strenge Verschwiegenheit der VerhandlerInnen beider Seiten. Ein zuständiger Ausschuss des EU-Parlaments wird zwar über den Verlauf der Verhandlungen informiert, allerdings unter der Auflage von Geheimhaltung, die Parlamente der Mitgliedsstaaten wurden und werden gar nicht erst eingebunden. Für KritikerInnen wie die Ökonomin Alexandra Strickner von der globalisierungskritischen Organisation ATTAC steht trotzdem fest, dass es eigentlich um eine „transatlantische Partnerschaft von Wirtschaftseliten und Konzernen“ geht. Ziel sei es Profitmargen zu maximieren und neue Absatzmärkte zu sichern, ungeachtet etwaiger sozial- und umweltpolitischer Folgewirkungen. Dass die Interessen von Konzernen in den Verhandlungen ein wesentliches Gewicht haben, legt auch eine Anfrage der in Brüssel ansässigen Organisation *Corporate Europe Observatory* (CEO) an die Europäische

Kommission nahe. CEO wollte wissen, mit wem sich die Kommission im Laufe der Vorbereitungstreffen zu den Verhandlungen getroffen hat. Die Antwort: 93 Prozent der 127 Treffen fanden mit Konzernen oder deren Lobbyinggruppen statt, nur die restliche Handvoll mit Gewerkschaften und NGOs.

Noch deutlicher wird dieses Ungleichgewicht in Zusammenhang mit den sogenannten „Schutzklauseln für InvestorInnen“, die einen entscheidenden Teil der Verhandlungen bilden. 2011 gab es international bereits rund 3.000 bi- und multilaterale Abkommen, die mitunter solche Schutzklauseln enthielten. Im Kern geben diese Klauseln InvestorInnen die Möglichkeit, Staaten vor einem internationalen Schiedsgericht zu verklagen, wenn sie sich durch deren Gesetzgebung benachteiligt und damit die Rentabilität ihrer Investitionen gefährdet sehen. KritikerInnen sehen darin nicht nur eine Aushebelung von Umwelt- und Sozialstandards, sondern auch ein massives demokratiepolitisches Problem. Diese Schiedsgerichte finden immerhin abseits der jeweiligen staatlichen Gerichtsverfahren entweder vorgeschaltet sein oder parallel ablaufen könnte, um rechtzeitig auf die Bedürfnisse amerikanischer und europäischer Unternehmen reagieren zu können. Alexandra Strickner kritisiert dies scharf und sieht hierbei nicht nur „eine weitere Aushöhlung der Demokratie“, sondern auch eine weitere Bestätigung, dass es vor allem darum gehe, die Interessen von Konzernen abzusichern. Generell befürchtet sie, dass das Abkommen den Druck auf bereits errungene Standards und Regulationen erhöhen wird.

PRIVAT VERKLAGT STAAT. Das wohl bekannteste Beispiel für eine solche Schiedsgerichtsklage stammt aus Bolivien. Nachdem 2000 die Wasserversorgung in der Stadt Cochabamba privatisiert und an ein der *Bechtel-Group* zugehöriges Unternehmen übergeben worden war, stiegen die Wasserpreise rasant an. In Folge massiver Proteste wurde die Wasserversorgung schließlich wieder verstaatlicht, wofür Bolivien vor einem internationalen Schiedsgericht auf Schadensersatz verklagt wurde. Die Klage wurde schließlich fallen gelassen, jedoch nur weil die Bechtel-Group einen immensen Imageschaden befürchtete. In einem jüngeren Fall hat das schwedische Energie-Unternehmen *Vattenfall* 2009 Deutschland verklagt, weil ihm die Umweltauflagen für die Errichtung eines Kohlekraftwerkes zu hoch waren. Seit 2000 nimmt die Zahl solcher Klagen vor internationalen Schiedsgerichten stetig zu. Die Kampagnenleiterin der in den USA ansässigen Organisation *Global Trade Watch*, Melinda St. Louis, kritisiert

solche Investitionsschutzklauseln vehement: „Immer wenn diese Privilegien für Unternehmen bisher in Verträgen inkludiert waren, haben sie diese benutzt, um zum Beispiel Umweltstandards zu attackieren. Das hat die SteuerzahlerInnen in den USA bereits bis zu 3,5 Milliarden Dollar gekostet.“ *Global Trade Watch* ist eine jener Protestgruppen, die jenseits des Atlantiks gegen das TTIP-Abkommen kämpfen. Die USA verhandelt derzeit außerdem auch den Beitritt zur *Transpazifischen Partnerschaft* (TPP), mit ähnlichem Verhandlungsgegenstand. Wie und ob sich die beiden Verhandlungsprozesse gegenseitig beeinflussen, wurde bisher kaum bis gar nicht beachtet.

Viel Aufmerksamkeit wurde hingegen einem Dokument zuteil, das aus den TTIP-Verhandlungen Ende des vergangenen Jahres geleakt wurde. Demzufolge soll es auch für zukünftige, noch nicht beschlossene Standards eine intensive Absprache zwischen den USA und der EU geben – eine sogenannte regulatorische Kooperation. Vermutet wird, dass ein transatlantisches Gremium eingerichtet werden soll, das Gesetzgebungsverfahren entweder vorgeschaltet sein oder parallel ablaufen könnte, um rechtzeitig auf die Bedürfnisse amerikanischer und europäischer Unternehmen reagieren zu können. Alexandra Strickner kritisiert dies scharf und sieht hierbei nicht nur „eine weitere Aushöhlung der Demokratie“, sondern auch eine weitere Bestätigung, dass es vor allem darum gehe, die Interessen von Konzernen abzusichern. Generell befürchtet sie, dass das Abkommen den Druck auf bereits errungene Standards und Regulationen erhöhen wird.

Von Seiten der EU-Kommission wurde aufgrund der immer lauter werdenden Kritik vor kurzem das Verhandlungskapitel über die Investitionsschutzklauseln vorerst ausgesetzt. Strickner sieht diese Entscheidung hingegen in enger Verbindung mit den bevorstehenden Wahlen zum EU-Parlament. Ungeachtet dessen wird der weitere Verhandlungsverlauf wahrscheinlich durchaus auch davon abhängen, wie der zivilgesellschaftliche Protest zukünftig agiert.

Georg Sattelberger studiert Internationale Entwicklung an der Universität Wien.

Heimweh nach La Paz

Die pensionierte Kinderärztin Miriam Rothbacher (*1935, geb. Krakauer) musste wegen des nationalsozialistischen Antisemitismus mit ihrer Familie 1939 Deutschland verlassen. Bolivien gewährte der Familie damals Zuflucht. Im Interview erzählt sie von ihrem Leben und ihrem Hilfsprojekt *Pro Niño Boliviano*.



Foto: Christoph Glanzel

progress: Wie sind Sie mit Ihrer Familie nach Bolivien gekommen?

Miriam Rothbacher: Wir sind sehr spät im Jahr 1939 ausgewandert und hatten das Problem, dass die meisten Zufluchtsländer ihre Grenzen für die jüdischen Flüchtlinge bereits geschlossen hatten. Sogar eine Flucht in die großen lateinamerikanischen Länder Argentinien und Brasilien war nicht mehr möglich. In Bolivien hatte mein Vater eine entfernte Cousine, deren Mann als Ingenieur in den Bergminen gearbeitet hat. Mit ihr hat mein Vater Kontakt aufgenommen und sie um Hilfe gebeten. Mein Vater war Lehrer und Studienrat und meine Cousine hat für meinen Vater ein Visum über den Rektor der Methodistischen Schule in La Paz besorgt.

Gab es einen politischen Hintergrund für die Aufnahme von jüdischen Flüchtlingen in Bolivien? Bolivien hatte damals den Krieg gegen Paraguay hinter sich und der damalige General Germán Busch Becerra hatte die Juden ins Land geholt, um das Land aufzubauen. Nach dem Zweiten Weltkrieg kamen dann rechte Diktatoren an die Macht, die geflohenen Nazis Zuflucht gewährten.

Viele jüdische Flüchtlinge hatten große Probleme, im Zufluchtsland ihrem Beruf nachzugehen. Wie war das in Ihrer Familie?

Mein Vater hatte das Glück, schon in Deutschland Studienrat gewesen zu sein und Sprachen unterrichtet zu haben. Er konnte auch Spanisch und hat eine Anstellung als Lehrer an der amerikanischen Schule von La Paz bekommen. Meine Mutter hatte in Deutschland Schwedische Massage gelernt und als Masseurin gearbeitet. Sie hat sehr gut verdient, da die alten eingewanderten Deutschen von La Paz verrückt nach ihrer Massage waren und eine Fachkraft in diesem Bereich rar war.

Haben Sie in Bolivien Antisemitismus von den ansässigen Deutschen erfahren?

In Bolivien lebten viele Deutsche, die vor oder unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg ins Land gekommen sind. Es gibt heute noch eine deutsche Wurstfabrik in La Paz und in den tropischen Gegenden besaßen die Deutschen große Ländereien und Farmen. Die meisten von ihnen hatten nichts gegen Juden und haben den Nationalsozialismus in Deutschland auch nicht erlebt. Es hat jedoch eine deutsche Schule in La Paz gegeben, in der ein Hitlerbild hing und die Jüdinnen und Juden nicht besuchen durften. Gegen Ende des Zweiten Weltkriegs hatte diese Schule nicht mehr viele Lehrer, da diese meist aus Deutschland kamen und dort in den Krieg gezogen waren. Da überlegte die Schulverwaltung der deutschen Schule, meinen Vater – den Herrn Krakauer – als Lehrer an die Schule zu holen. Der Elternverein sprach sich jedoch dagegen aus, da mein Vater ein „J“ (Anm.: für Jude) im Pass hatte.

Hatten Sie als Kind Kontakt mit den Kindern der deutschstämmigen Bevölkerung?

Ich bin zwölf Jahre in die amerikanische Schule gegangen und hatte mit den deutschen Kindern keinen Kontakt. Mit meinen SchulkollegInnen aus der Maturaklasse der amerikanischen Schule treffe ich mich aber immer noch.

Sind Sie einem der geflohenen Nazis einmal begegnet?

Nicht wissentlich. Aber ich kann folgende Anekdote erzählen: Als Kind habe ich mit meiner Mutter in den Winterferien das Hotel Hamburgo in der Ortschaft Chulumani in den Tropen besucht. In das Hotel sind viele EmigrantInnen auf Urlaub gefahren, weil die Besitzerin eine alte Hamburgerin war und europäisches Essen gekocht hat. Nach 1945 haben in dem Ort auch der „Schlächter von Lyon“ Klaus Barbie und

andere Nazigrößen gelebt. Bei einer meiner späteren Bolivienreisen wollte ich meinem Mann das Hotel zeigen. Ich habe es jedoch nicht auf Anhieb gefunden und als wir bei einem Haus vorbeikamen, hat mich ein Mann gefragt, was ich suche. Er hat mir dann gesagt, dass von dem Hotel nur noch das Schwimmbad existieren würde. Und er habe erzählt, dass das der alten Nazifrau gehört hat, die damals den geflohenen Naziverbrechern Teller und Bestecke mit Hakenkreuz-Emblem serviert habe. Ich hab mir damals gedacht: Um Gottes willen! Meine Mutter würde sich im Grab umdrehen, wenn sie das wüsste!

Haben Sie damals Vorurteile seitens der bolivianischen Bevölkerung gegenüber Ihnen als Europäerin gespürt?

Ich habe keinen Antisemitismus durch die bolivianische Bevölkerung erfahren, außer manchmal von der katholischen Kirche, wenn der Pfarrer von der Kanzel gepredigt hat, dass die Juden Jesus Christus getötet hätten. Der Sozialmediziner Ludwig Popper war auch in Bolivien im Exil und hat das Buch „Bolivien für Gringos“ geschrieben. Auch er berichtet, dass er dort niemals Antisemitismus gespürt habe.

Was verbindet Sie bis heute mit Bolivien?

Ich wollte mein Leben lang wieder zurück nach Bolivien. Aber es hat sich dann ergeben, dass ich in Österreich geblieben bin. Dennoch ist Bolivien mein Land und meine Heimat. Ich war sehr lange wegen meiner drei Kinder und auch aus finanziellen Gründen nicht in Bolivien. Erst 1981 – als meine Kinder alt genug waren, um dieses Land zu verstehen – sind wir zusammen mit zwei meiner Freundinnen nach Bolivien gefahren. Damals war ich sehr aufgeregt. Viele meiner Freunde hier warnten mich davor, dass mich nach so langer Zeit niemand mehr in Bolivien kennen würde. Aber als ich nach La Paz gekommen bin, war es so, wie wenn ich niemals weg gewesen wäre. Meine

bolivianischen Freunde haben mich gleich erkannt und mich zu ihnen und ihrer Familie zum Essen eingeladen. Und obwohl damals die Situation wegen der Militärdiktatur eher trist war, hatte ich das Gefühl hier zu Hause zu sein. Als ich dann wieder nach Österreich zurückgekehrt bin, hatte ich wirklich großes Heimweh. Da ist es mir so gegangen wie 1955, als ich als junges Mädchen von Bolivien nach Heidelberg zum Studieren ging. Wenn ich hier keine Familie hätte, würde ich trotz Armut und sozialer Ungleichheit in Bolivien leben wollen.

Welche Erfahrungen haben Sie in Deutschland während Ihres Studiums gemacht?

Ich bin 1955 nach Deutschland gefahren, um in Heidelberg Medizin zu studieren. Ich wäre natürlich viel lieber in die USA zum Studium gegangen als nach Deutschland. Aber mein Vater hatte eine Pension bekommen, von der ich in Deutschland studieren konnte. Ich hatte damals sehr großes Heimweh nach Bolivien und habe meine Eltern sehr vermisst. Hinzu kam, dass die Deutschen sich als die einzigen Opfer des Zweiten Weltkriegs betrachtet haben. Die ganze Zeit über habe ich mir als Studentin anhören müssen, wie schlimm die Bombenangriffe waren und wie arm die Deutschen nicht gewesen wären. In Deutschland habe ich als Studentin zur Untermiete gewohnt und die Vermieterin hat mir gleich erzählt, dass ihr Bruder einem Juden in Karlsruhe ein Haus abgekauft habe und dass dieser es wieder zurückhaben wolle. An der Uni in Heidelberg haben auch die Burschenschaften eine zentrale Rolle gespielt. Ich selbst bin auf der Uni immer mit „Herr Miriam“ angesprochen worden, weil der Name überhaupt nicht bekannt war. Er war von den Nazis ausradiert worden. Und natürlich hat damals jeder Deutsche behauptet, von den Verbrechen an den Juden nichts gewusst zu haben. Ich hatte damals kaum Kontakt mit deutschen Studierenden. Meine Studienzeit in

Deutschland war keine schöne Zeit. Auch später habe ich keine guten Erfahrungen mit Deutschland gemacht. In Schöneiche bei Berlin hatten meine Großeltern und mein Großonkel zwei Grundstücke. Das eine Grundstück von meinem Großonkel wurde mir als Alleinerbin geschenkt. Ich hätte aber für dieses Grundstück sehr viel Schenkungssteuer zahlen müssen und musste es veräußern. Und das, obwohl man meiner Familie das Grundstück weggenommen hatte.

Wie sind Sie nach Österreich gekommen?

Ich habe 1961 eine Freundin nach Wien begleitet, die sich im St. Anna Kinderspital vorgestellt hat. Der damalige Primar hat mich gesehen und mich gefragt, ob ich mich auch vorstellen möchte. Da habe ich mir gedacht, dass ich doch auch ein Jahr in Wien bleiben könnte. Während dieser Zeit habe ich aber meinen Mann kennengelernt und bin in Wien geblieben. Hier war vieles lustiger als in Deutschland, die ÖsterreicherInnen haben eine leichtere Art zu leben als die Deutschen. Ich finde, dass Österreich Bolivien ähnlicher ist als Deutschland. Ich war und bin gerne in Wien.

Wie ist Ihr Projekt *Pro Niño Boliviano* entstanden?

Als ich in Pension war, hat meine jüngere Tochter mich daran erinnert, dass ich geplant hatte, für längere Zeit nach Bolivien zu gehen. Sie wollte selbst nach Bolivien reisen, um zu sehen, wo ich aufgewachsen bin. 1996 sind wir dann gemeinsam mit ihrem damals eineinhalb-jährigen Sohn für längere Zeit nach Bolivien gereist. Damals ist mir die soziale Ungleichheit aufgefallen, doch ich hatte nicht die Absicht ein Projekt zu leiten. Daher habe ich nur ein bisschen in der Caritas vor Ort geholfen und mir Schulen angeschaut. Dabei habe ich dann beschlossen, zurück in Österreich Schulmaterial für die bolivianischen SchülerInnen zu sammeln. Doch die Sammelaktion hat eine Eigendynamik

bekommen und mit der Zeit haben sich einzelne Projekte entwickelt.

Welche Projekte haben Sie seither verwirklicht?

Zunächst habe ich eine staatliche Schule in einer sehr abgelegenen Gegend von El Alto unterstützt. El Alto ist eine Satellitenstadt in der Nähe von La Paz, von der man sagt, dass sie die ärmste Stadt Lateinamerikas sei. In dieser Schule gab es nur zwei nackte Räume ohne Schulmöbel für 240 Kinder. Da haben wir damit begonnen Schulklassen zu bauen und Tische und Sessel für die Kinder zu organisieren. Wir haben uns bei diesem Projekt immer nach den Wünschen der Kinder und LehrerInnen gerichtet. Mittlerweile ist aus dieser Schule eine Maturaschule geworden, in der viele Klassen maturieren konnten. Nach diesem Projekt ist jemand gekommen und hat mich gefragt, ob ich nicht auch eine andere Schule unterstützen wolle. Das haben wir dann getan, indem wir die Kinder mit Schulmaterial versorgt haben. Außerdem haben wir dort eine mobile Bücherei ins Leben gerufen. Danach habe ich bei einer meiner Reisen den Frauen gesagt, dass sie Handarbeiten anfertigen könnten und ich diese in Österreich verkaufen könnte. Heute machen wir fünf bis sechsmal im Jahr Verkaufsstände mit den Handarbeiten der Frauen. Mittlerweile können 20 Frauen von unserem Projekt leben. Und wir haben auch ein Tuberkuloseprojekt. Die Abwicklung der Projekte ist leider nicht einfach, da Bolivien für die österreichische Entwicklungspolitik kein Schwerpunktland ist.

Der Verein Pro Niño Boliviano sucht laufend ehrenamtliche MitarbeiterInnen:

<http://www.proninoboliviano.org/>

Kontakt: office@proninoboliviano.net

Das Interview führte Claudia Aurednik.

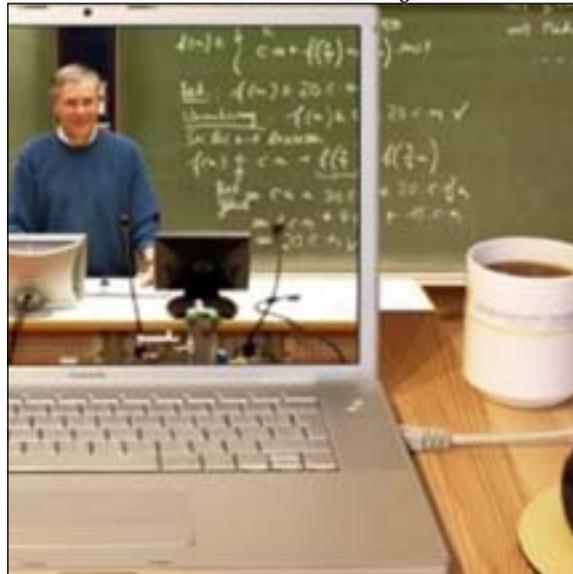
Foto: Jana Fratz



UNGLEICHE BESTEUERUNG

Vermögen sind in Österreich besonders ungleich verteilt und besteuert. Laut OECD beträgt der Anteil von vermögensbezogenen Steuern in Österreich gerade einmal 0,6% des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Eine Studie der Universität Linz im Auftrag der ArbeiterInnenkammer hat ergeben, dass die Besteuerung von Vermögen den Staatshaushalt erheblich entlasten könnte. Die StudienautorInnen berechnen, dass Vermögenssteuern in Österreich, je nach Modell, zwischen zwei und fünf Milliarden Euro bringen könnten. (GS)

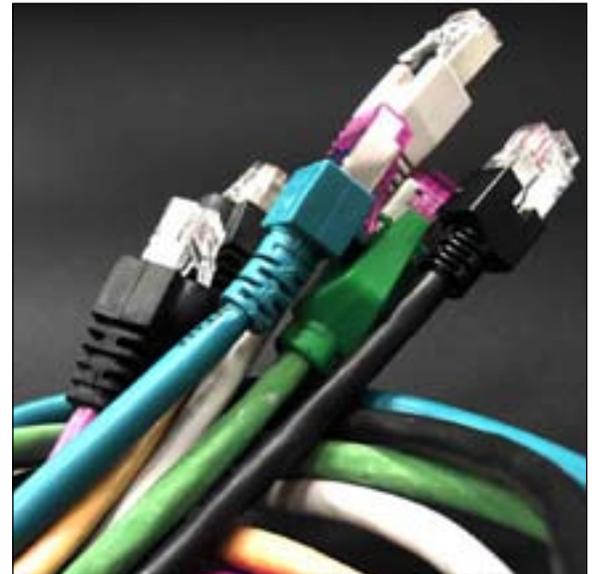
Fotomontage: Susanne Kohl



STUDIERN IM NETZ

Das Onlinestellen von Vorträgen und Lernunterlagen ist bereits seit längerem ein Trend. Damit wird universitäres Wissen einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Nun wurde die weltweit erste Online-Universität, die „University of the People“ (<http://uopeople.org>), offiziell akkreditiert, Abschlüsse werden somit anerkannt. Studiengebühren hebt die Universität keine ein. Allerdings werden bisher nur zwei Studiengänge angeboten: „Business Administration“ und „Computer Science“. Hoffentlich verbreitert sich das Angebot bald. (GS)

Foto: Julia Kolda



STREIT UMS INTERNET

Netzneutralität ist eines der wesentlichen Prinzipien des Internets. Demnach müssen Internetprovider alle Daten gleich behandeln und dürfen einzelne Services nicht bevorzugen. Seit Jahren gibt es aber immer wieder Versuche die Netzneutralität auszuhebeln und ein Zwei-Klasseninternet zu implementieren. KritikerInnen befürchten nun, dass mit der Abstimmung über den Telekommunikations-Binnenmarkt im EU-Parlament Mitte März ein neuerlicher Versuch in diese Richtung gestartet werden soll. In der Öffentlichkeit fand dies bisher aber kaum Beachtung. (GS)

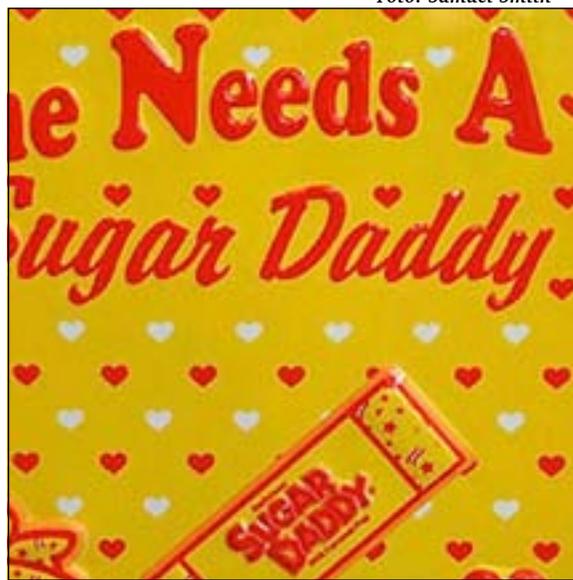
Grafik: Archiv



SEXISTISCHE DISKRIMINIERUNG

Chinas erster Prozess wegen sexistischer Diskriminierung bei der Jobvergabe wurde mit einem Vergleich beendet. Die Klägerin Cao Ju hatte sich für eine Stelle als AssistentIn in einem privaten Unternehmen beworben, war aber abgelehnt worden, weil sie eine Frau ist. Nun erhielt Ju 30.000 Yuan (3.700 Euro) sowie eine formale Entschuldigung. Jus Anwältin hofft, dass der Prozess anderen Frauen Mut machen wird, gegen Diskriminierung zu kämpfen. Viele Chinesinnen sehen sich mit derartigen Ungerechtigkeiten konfrontiert. (PU)

Foto: Samuel Smith



SUGAR DADDY ZAHLT STUDIUM

Angesichts hoher Studiengebühren ziehen weltweit immer mehr StudentInnen in Betracht (teils sexuelle) Beziehungen mit älteren, reichen Geldgebern einzugehen. Auf der Sugar Daddy-Website *SeekingArrangement.com* sind derzeit mehr als eine Million Studierende registriert. Nachdem die Studiengebühren an britischen Unis 2012 beträchtlich erhöht worden waren, stiegen die Einschreibungen durch Studierende 2013 um 54 Prozent an. Durchschnittlich erhalten Studierende, die sich tatsächlich mit einem Sugar Daddy einlassen, angeblich 6.000 Euro pro Monat. (PU)

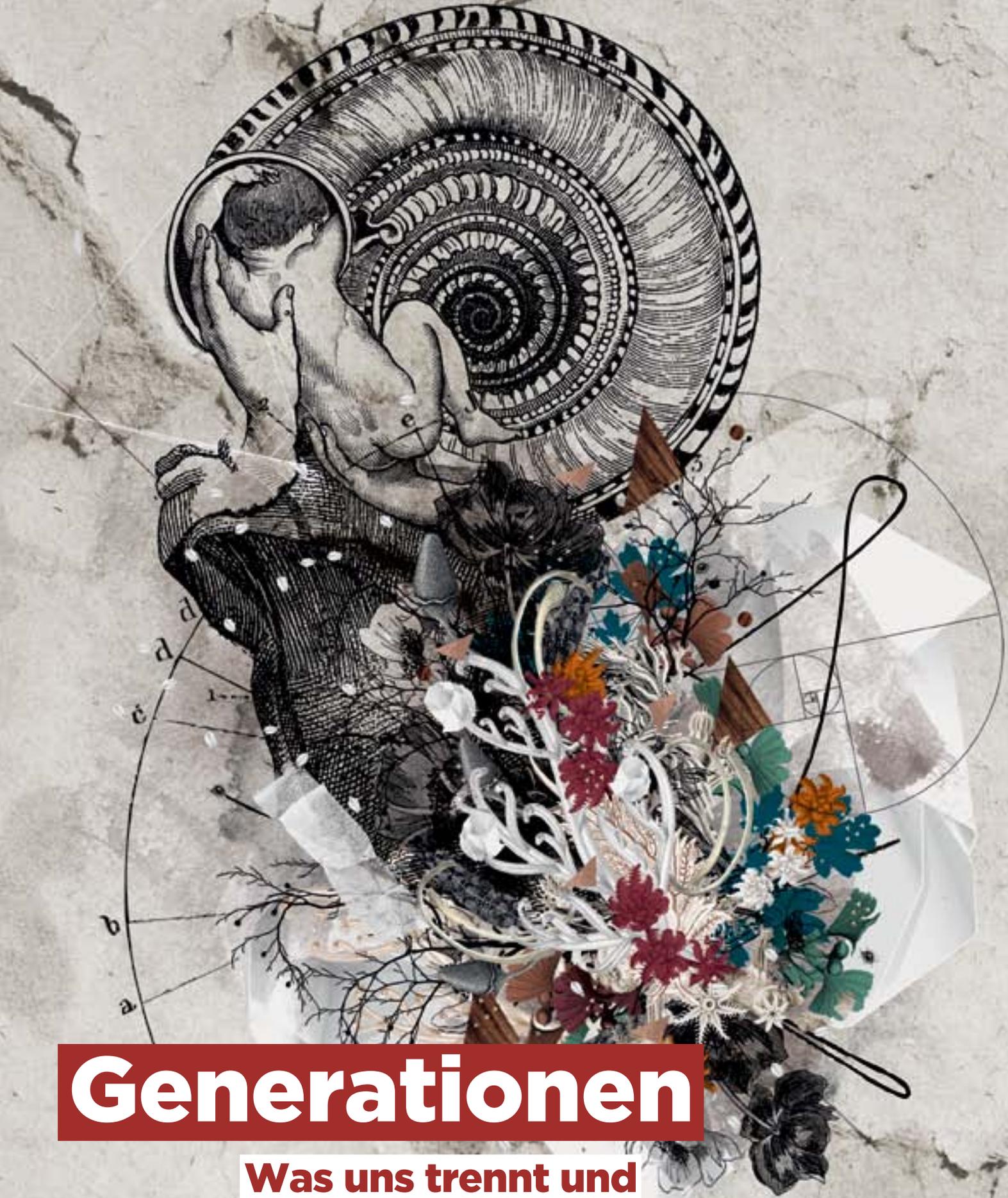
Foto: Moritz Groß



TÜRKEI ALS GRENZWÄCHTER

Im Dezember haben die Türkei und die EU ein Rückübernahmeabkommen abgeschlossen. Die Türkei muss folglich all jene Asylsuchenden zurücknehmen, die über ihr Staatsgebiet in die EU gelangt sind. Im Gegenzug wurde von der EU die Abschaffung der Visapflicht für TürkInnen in Aussicht gestellt. Die Situation für Flüchtlinge verschlechtert sich dadurch jedoch drastisch, da die Türkei kein funktionierendes Asylsystem hat. Mit dem Abkommen akzeptiert die EU, dass Flüchtlinge in der Türkei faktisch schutzlos sind. (PU)

dossier



Generationen

**Was uns trennt und
was uns verbindet**

Talkin' 'bout my generation

Was ist eine Generation?

Als soziales Konzept funktionieren Generationen als Alterskategorien, die zum Beispiel in Umfragen und Fragebögen seit einigen Jahrzehnten immer gleich reproduziert werden: Den „mittleren“ Altersschichten, die etwa in Fünf-Jahres-Schritten genauestens untersucht werden, folgt meist die Generation „60+“ als eintöniger Abschluss, obwohl sich die Lebensrealitäten von Menschen über 60 in den letzten Jahrzehnten grundlegend geändert haben und sie keineswegs alle in einen Topf geworfen werden können. Oft kämpft dann ein Fortschrittsnarrativ, das die junge Generation als besser darstellt und die alte als obsolet, gegen einen konservativen Diskurs, der Altes als bewährt und Neues als Werteverlust sieht. Insofern funktioniert der Begriff Generation (wie jede andere soziale Kategorie) als Trennmittel: Ältere Menschen werden als reaktionär und fortschrittsfeindlich gesehen, Jüngere als unerfahren und unmotiviert.

Generation Why?

Für kaum eine Generation von Menschen hat es jemals so viele (US-amerikanisch geprägte) Begriffe gegeben wie für diejenige, die zurzeit als „jung“ gilt: Generation We, Millennials, Global Generation, Generation Chips und andere. Am bekanntesten ist aber die Bezeichnung Generation Y, gedacht als Analogie zur Generation X der 1960er- bis 1980er-Jahre. Während die Generation Y zunächst als Generation der großen Gewinner_innen hochgehalten wurde, deren Mitglieder von der „schönen neuen Welt“ profitierten, in die sie als „Digital Natives“ hineingeboren wurden und die durch Globalisierung und Technologie immer kleiner wurde, zeigten sich bald Schattenseiten: Immer mehr Ys bekommen die Folgen der Wirtschaftskrise zu spüren, wohnen immer länger bei ihren Eltern, sind zwar gut gebildet, dann aber meist auch hoch verschuldet, arbeiten mehr und verdienen weniger, und genießen trotz all des Wohlstands um sie herum eine geringere Lebensqualität als ihre Eltern.

Die jungen Leute heutzutage damals

„Die Jugend liebt heute den Luxus. Sie hat schlechte Manieren, verachtet die Autorität, hat keinen Respekt mehr vor älteren Leuten und diskutiert, wo sie arbeiten sollte.“ Dieses Sokrates zugesprochene Zitat findet man immer wieder in Texten als Beweis dafür, dass „die jungen Leute heutzutage“ eben nicht nur heutzutage, sondern quasi schon immer von der Generation vor ihnen beklagt wurden. Das Zitat stammt in Wahrheit zwar nicht von Sokrates selbst, lässt sich aber als solches besser zur Argumentation verwenden. Es stammt aus einer Dissertation zu Bildung im antiken Griechenland aus dem Jahre 1907, verfasst von einem Studenten namens Kenneth John Freeman. Online lässt sich dieses Phänomen übrigens in einer aktuelleren und profanerem Variante beobachten: *YouTube*-Ausschnitte von (Kinder-)Fernsehserien aus verschiedenen Dekaden enthalten mit hoher Wahrscheinlichkeit Kommentare, die das Fernsehprogramm der jeweiligen Zeit hochloben und alles danach als kinderverderbenden Schund betrauern.

Der Generationenvertrag

Der Generationenvertrag (der kein tatsächlicher Vertrag auf Papier oder Handschlagbasis ist) bildet die Grundlage des aktuellen Pensionssystems in Österreich. Ausgangspunkt ist die Frage: Wie verteilen wir die finanziellen Resultate der Erwerbsarbeit, die wir im Laufe unseres Lebens erarbeiten? Wie sorgen wir für Kinder, die noch nicht erwerbstätig sind, und vor allem für Ältere, die ihre Erwerbstätigkeit bereits hinter sich haben? Im Rahmen eines durch den Generationenvertrag geregelten Pensionsystems werden Pensionen von Erwerbstätigen finanziert, die ihrerseits darauf hoffen (müssen), dass ihre Pensionen von der folgenden Generation bezahlt werden. Damit unterscheidet sich der Generationenvertrag von anderen Pensionssystemen, die zum Beispiel darauf basieren, dass Erwerbstätige selbst Geld für ihre Pension ansparen. Demografische Veränderungen, die bedeuten, dass relativ gesehen immer weniger Menschen die Pensionen von relativ immer mehr Menschen tragen, führen beim System des Generationenvertrags zu Konflikten.

Die zweite, dritte, vierte, ... Generation

In Österreich leben mehr als eine Million Menschen mit Migrationshintergrund. Dazu zählen fast eine halbe Million Menschen, die in Österreich geboren sind und daher als Migrant_innen „zweiter Generation“ gelten. Anders als zum Beispiel in den USA oder in Kanada, bekommen Menschen, die in Österreich geboren werden, nicht automatisch die österreichische Staatsbürger_innenschaft zugesprochen. Man kann also in Österreich „AusländerIn“ (sic) sein, ohne jemals im Ausland gewesen zu sein. Oftmals reicht dann „von hier“ als Antwort auf die omnipräsente Frage „Woher kommst du?“ nicht, und Fragen wie „Aber wo kommst du wirklich her?“, „Wo kommen deine Eltern her?“ und „Du weißt schon, was ich mein, nicht, wo du wohnst, sondern wo du halt her bist!“ folgen. Die Intersektion von Migration und Generation bringt junge Menschen mit Migrationshintergrund in eine spezielle Position, in der sie sich oft weder in „ihrer“ Heimat noch in „ihrer“ Generation zuhause fühlen (können).

Verantwortung für Gegenwart und Zukunft

In engem Zusammenhang mit der „Generationengerechtigkeit“ steht die Frage, wie wir Gegenwart und Zukunft zueinander in Beziehung setzen. Als Beispiel dafür können wir folgende Frage sehen: Wenn die Regierung heute Schulden aufnimmt, um etwa das Pensionssystem sichern zu können, wer wird diese Schulden dann in der Zukunft bezahlen? Ähnliche Überlegungen fließen auch in Debatten um Umweltschutz ein, in deren Zentrum oft die Frage steht, was für eine Welt wir „unseren Kindern“ hinterlassen werden. Unser Handeln in der Gegenwart – das heißt, unsere Interpretation der Gegenwart – ist oft dadurch beeinflusst, wie wir uns „unsere“ Zukunft vorstellen und wie wir die Verantwortung für verschiedene Zukunftsmöglichkeiten verteilen wollen, vor allem, wenn diese Verantwortung mit Einschränkungen für unser oder das Leben anderer einhergeht.

Michael En studiert Transkulturelle Kommunikation im Doktorat an der Universität Wien.

Generationenvertrag ade?

Brauchen wir einen neuen Generationenvertrag oder ist der Aufschrei, die staatliche Altersvorsorge wäre nicht mehr finanzierbar, nur Panikmache? Welche Anpassungen am Arbeitsmarkt überfällig sind, erklärt Christine Mayrhuber (WIFO).

progress: Brauchen wir wegen rückgängiger Geburtenrate und längerer Lebenserwartung einen neuen Generationenvertrag?

Christine Mayrhuber: Natürlich gibt es durch die steigende Lebenserwartung eine Verschiebung. Aber nicht alle Menschen im Pensionsalter beziehen eine Pensionsleistung. Im österreichischen Umlagesystem existiert ein Pensionsanspruch für jene, die sozialversicherungspflichtig beschäftigt waren. Es gibt immer noch Ältere, überwiegend Frauen, die keinen eigenen Pensionsanspruch haben, weil sie nicht oder nicht ausreichend erwerbstätig waren. Auf der anderen Seite hängt im Umlagesystem die Finanzierung vom Verhältnis von Beitragsleistenden und PensionistInnen, nicht von der Demographie ab.

Wie sieht dieses Verhältnis aktuell aus?

Derzeit kommen auf eine Person im Erwerbsalter 0,3 Personen im Alter von 65 Jahren und mehr. In der Pensionsversicherung entfallen auf einen sozialversicherungsrechtlich abgesicherten Job 0,6 Pensionen. Um diese Relation zu verbessern gibt es zwei Möglichkeiten: einerseits – im Widerspruch zum Generationenvertrag – eine Reduktion der Zahl der Pensionen, andererseits eine Erhöhung der Beschäftigtenzahlen. Ob das Pensionssystem finanziell nachhaltig ist, hängt davon ab, wie groß die Gruppe der Beschäftigten ist und wie hoch ihre Löhne und Gehälter sind. Und die Anzahl der Beschäftigten ist wirtschaftspolitisch gestaltbar.

In den 1960ern stieg die Geburtenrate stark an, die Generation der „Babyboomer“ wird in den nächsten Jahren in Pension gehen. Was bedeutet das für das Altersvorsorgesystem?

Das könnte eine spannende Situation für den Arbeitsmarkt darstellen. Auf der einen Seite müssen die Arbeitsplätze jener Leute, die in Pension gehen, nachbesetzt werden. Das würde die momentan extrem schlechten Arbeitsmarktchancen für die Jungen verbessern. Auf der anderen Seite ist die Erwerbsbeteiligung der Babyboom-Generation hoch, da auch die Frauen in der Bildung stark aufgeholt haben. Dadurch wird die Zahl der Pensionen deutlich steigen. Allerdings werden auch viele pensionsdämpfende Maßnahmen wirken. Leider beobachten wir im Moment eine Prekarisierung sowohl der Beschäftigungsformen als auch der Einkommen.

Gerade Junge befinden sich häufig in Arbeitsverhältnissen, in denen sie keine Pensionszeiten sammeln. Was heißt das für die Altersvorsorge?

Die Arbeitsmarktsituation hat sich geändert. Selbst mit Uni- und Fachhochschulabschlüssen ist der Berufseinstieg schwierig geworden. Ich würde dennoch allen empfehlen, die langfristigen Auswirkungen der beruflichen Situation im Auge zu behalten: In Österreich gibt es die Möglichkeit der freiwilligen Kranken- und Pensionsversicherung für geringfügig Beschäftigte. Der monatliche Beitrag beträgt 55,79 Euro bei einer Geringfügigkeitsgrenze in der Höhe von 395,31 Euro.

Gibt es überhaupt Alternativen zum österreichischen Pensionssystem?

Wir haben ein umlagefinanziertes Pensionssystem: Meine Pensionsbeiträge dienen sofort als Pensionsleistungen an Pensionist_innen. Durch meine Beitragsleistung erwerbe ich einen Anspruch auf Pensionsleistung, wenn ich pensioniert bin. Eine archaische Form der Alterssicherung wäre eine innerfamiliäre Versorgung. Die eigene

Alterssicherung wäre damit von der Zahl der Kinder und ihrem Wohlwollen bestimmt. Eine dritte Möglichkeit ist eine individualisierte Form der Ersparnisbildung fürs Alter. Ein Umstieg wäre mit großen sozialen und ökonomischen Verwerfungen verbunden.

Also Privatpensionen?

Ja. Aber auch im Fall individueller Altersvorsorge über das Ansparen von Kapitalbeständen bin ich nicht unabhängig von der Nachfolgegeneration. Ich brauche sie, um meinen Kapitalstock in die im Alter benötigten Güter und Dienstleistungen umzuwandeln.

Welche Risiken birgt eine Pension über Kapitaldeckung?

Im Kapitaldeckungsverfahren bin ich auf mich alleine gestellt und trage alle Risiken selbst: genügend für das Alter anzusparen, die Wertentwicklung der Ersparnisse, möglicherweise arbeitsunfähig zu werden, etc. Habe ich kein Einkommen und daher keine Beitragsleistung, vergrößert sich auch mein Kapitalstock nicht. Dieses Risiko habe ich im Umlagesystem zwar auch, hier werden aber gesellschaftlich relevante Tatbestände wie Präsenz-/Zivildienst, Zeiten der Kindererziehung, Krankheit etc. von der Versicherungsgemeinschaft solidarisch mitfinanziert. Beim Kapitaldeckungsverfahren habe ich neben der Eigenverantwortung, die Beiträge zu leisten, auch das Kapitalmarktrisiko zu tragen.

Wie sieht der Generationenvertrag in anderen Ländern aus?

So wie der Sozialstaat insgesamt ganz unterschiedliche Ziele hat, hat er diese auch in der Alterssicherung. In Österreich gilt das Prinzip der sogenannten „Lebensstandardsicherung“. Das ist die erste Säule des Pensionssystems. Es gibt Länder (Großbritannien, USA

etc.), deren erste Säule die Armutsvermeidung ist. Sie wird dann meist um eine zweite Säule ergänzt, wo das Ziel der Lebensstandardsicherung über Betriebspensionen definiert ist.

Welche Maßnahmen können gesetzt werden, um das österreichische System finanzierbar zu halten?

Jetzt sind verstärkt Maßnahmen im Beschäftigungs- und Einkommenssystem notwendig. Beispielsweise könnten verstärkt finanzielle Anreize für Betriebe geschaffen werden, ältere Arbeitskräfte länger zu beschäftigen. Eine weitere Maßnahme wäre die Senkung der Sozialversicherungsabgaben im unteren Einkommensbereich: Bei Bruttoeinkommen bis zu monatlich 1.500 Euro könnten reduzierte Sozialversicherungsbeiträge zu höheren Nettoeinkommen und Arbeitskosten für Unternehmer_innen reduzieren. Dazu braucht es jedoch eine Gegenfinanzierung, etwa durch zweckgewidmete Abgaben oder Steuern auf Vermögensbestände.

Es bedarf also keines neuen Vertrages, sondern lediglich Reformen?

Das umlagefinanzierte Alterssicherungssystem wurde immer wieder an neue Gegebenheiten am Arbeitsmarkt, in den Familienstrukturen, aber auch an Finanzierungspässe angepasst. In Zukunft muss bei Reformen verstärkt darauf geachtet werden, dass die steigende Einkommensungleichheit vom Alterssicherungssystem ausgeglichen und nicht verstärkt wird.

Christina Mayrhuber ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO).

Das Interview führte Oona Kroisleitner.

Alle unter einem Dach

PensionistInnen, Studierende und Kleinkinder – alle zusammen in einer WG. Klingt ungewöhnlich, könnte aber die Zukunft des Wohnens sein, denn immer mehr Menschen lassen sich auf dieses Experiment ein.



Willi steht in der Küche und packt Flaschen aus ihrem Einkaufstrolley. „Patrick hat mich gebeten, Bier mitzunehmen“, erklärt sie. Daneben steht Mohsen und blickt kritisch auf die beachtliche Sammlung leerer Flaschen neben der Abwasch. „Wir sollten das mit dem Müll anders organisieren. Vielleicht sollte jede Woche jemand fix für den Müll zuständig sein“, schlägt er vor. „Ich versteh nicht, warum nicht einfach jeder seinen Dreck wegräumen kann“, entgegnet Willi. „Wenn jemand einkaufen geht, kann er ja wohl einfach ein paar Flaschen mitnehmen.“

Alkohol kaufen für die MitbewohnerInnen, Diskussionen um die Müllentsorgung: Es sind Szenen, wie sie jede Studi-WG kennt. Auch die Möbel sind wie in den meisten Wohngemeinschaften bunt zusammengewürfelt. Willi hat bei ihrem Einzug ihr Klavier mitgebracht, das jetzt im Wohnzimmer steht. Daneben stehen Sofas in unterschiedlichen Farben und Regale vollgestopft mit Büchern. Auch die Zimmerpreise entsprechen mit 300 bis 500 Euro jenen in Studierenden-WGs. Was auf den ersten Blick wie eine normale Wohngemeinschaft aussieht, entpuppt sich bei genauerem Hinsehen aber als etwas Außergewöhnliches: In der Generationen-WG der ÖJAB (*Österreichische Jungarbeiterbewegung*) leben 24 Menschen aller Altersgruppen – darunter SeniorInnen, Studierende und junge Familien – aus acht verschiedenen Nationen zusammen. Willi ist mit ihren 75 Jahren die älteste Bewohnerin; die

jüngste ist gerade einmal zwei Monate alt. Student Mohsen liegt mit seinen 29 Lebensjahren in der Mitte.

EIN KONZEPT MIT ZUKUNFT. 2030 wird es in Österreich mehr über 65-Jährige als unter 19-Jährige geben und die Überalterung schafft neue Probleme. Eine Frage ist etwa die der Pflege und Versorgung im Alter. Zwar kommen viele SeniorInnen gut alleine zurecht, die Angst vor der Einsamkeit ist jedoch groß. Ab einem gewissen Alter brauchen die meisten dann doch Hilfe im Alltag, sei es beim Hausputz, der Gartenarbeit oder auch dem Stiegensteigen – ins Altersheim wollen aber dennoch nur die wenigsten. Generationenverbindendes Wohnen kann in solchen Fällen eine zufriedenstellende Lösung sein. Denn, wie Christine Leopold, Präsidentin von *Kolping Österreich*, betont: „Alte wollen nicht nur Alte sehen.“



Der *Arbeiterverein Kolping Österreich* hat bereits 2003 ein SeniorInnenheim im zehnten Wiener Gemeindebezirk mit seiner Unterstützungseinrichtung für alleinerziehende Mütter zusammengelegt. Neben den 200 älteren BewohnerInnen, die rund um die Uhr auf der Pflegestation betreut werden, und 45 RentnerInnen, die ihren Alltag noch weitgehend selbstständig bestreiten, leben hier heute 18 Mütter mit etwa 30 Kindern, die von SozialarbeiterInnen unterstützt werden. Beim Faschingsumzug auf der Pflegestation, Oster- und Weihnachtsfeiern und bei jedem runden Geburtstag sind die Kinder mit dabei. Und die SeniorInnen haben für solche Gelegenheiten natürlich auch den einen oder anderen Schokoriegel für ihre jungen MitbewohnerInnen parat.

Im Gegensatz zum Kolpinghaus ist unter den SeniorInnen in der Generatio-

nen-WG (GWG) niemand pflegebedürftig. „Höchstens vergesslich!“, merkt Willi an und erzählt schmunzelnd, dass ein älterer Mitbewohner ab und zu die Koteletts in der Pfanne vergisst. Konflikte zwischen den Generationen sind aber an beiden Orten selten. In der GWG zankt man sich nur manchmal über die leeren Glasflaschen. Und auch im Kolpinghaus hat es nur einmal einen größeren Krach gegeben, als die Kinder die Fische im Aquarium der SeniorInnen mit Waschmittel waschen wollten: „Die sind dann mit dem Bauch nach oben an der Wasseroberfläche geschwommen“, erzählt Frau Leopold, „ein wenig Aufregung schadet aber grundsätzlich auch im Alter nicht.“

Auch Willi hat sich für einen abwechslungsreichen Alltag entschieden, als sie vor fünf Jahren in die Generationen-WG einzog. Ein Altersheim war damals keine Option und ist es auch heute nicht. Schließlich ist sie nicht pflegebedürftig und mit ihren 75 Jahren noch gut auf den Beinen. 41 Jahre lang hatte die Bibliothekarin ihre Wohnung im obersten Stock eines Wiener Zinshauses. „147 Stufen! Das schaffe ich auch heute noch!“ Aber sie muss es nicht mehr schaffen. Die Generationen-WG liegt im Erdgeschoss: praktisch für Rollstühle, Kinderwagen und Willis Einkaufstrolley.

EINE FRAGE DER PLANUNG. „Planung und Architektur sind beim generationenverbindenden Wohnen sehr wichtig, sowohl für Alt als auch

für Jung muss es Begegnungs- und Rückzugszonen geben“, erklärt Leopold. Im Haus des *Kolping*-Vereins soll der Eingangsbereich mit Rezeption und Spielecke für Begegnungen zwischen Alt und Jung sorgen. Die BewohnerInnen der Generationen-WG treffen sich in der Küche und im Wohnzimmer. „Wir sitzen hier am Abend zusammen und reden. Das ist besser als in meinem letzten Studentenheim“, lacht die 21-jährige Studentin Maryam. Alle möglichen Feste aus den Herkunftsländern der BewohnerInnen wurden in der Küche schon gefeiert. Damit sich auch alle verstehen, gilt die Regel, dass im Gemeinschaftsbereich Deutsch oder Englisch gesprochen wird. Willi schüttelt amüsiert den Kopf: „Das ist dann ein arges Gemisch aus Englisch in allen Abstufungen.“

Trotz der guten Gemeinschaft sind die eigenen Zimmer wichtige Rückzugsorte – gerade für die älteren BewohnerInnen, wenn die jüngeren einmal länger in der Küche feiern. „Es stört mich nicht, wenn’s laut ist. Wenn ich nimmer will, dann geh’ ich halt“, beantwortet Willi die Frage nach abendlichen Parties. Auch im Kolpinghaus wird darauf geachtet, dass sich die BewohnerInnen jederzeit zurückziehen können, wenn es ihnen zu viel wird. „Gerade viele ältere Menschen, die zu uns kommen, haben vorher sehr lange alleine gelebt und müssen sich erst daran gewöhnen, wieder ständig unter Leuten zu sein“, erzählt Leopold.

Nicht nur Vereine wie *Kolping* oder die ÖJAB versuchen sich an solch neuen Wohnformen. In Salzburg sind im Dezember die ersten BewohnerInnen in ein privates Generationen-Projekt eingezogen. Dort gibt es ebenfalls Gemeinschaftsräume, aber jeder hat seine eigene Mietwohnung. Ob die Gemeinschaftsflächen so stark genutzt werden wie in der Generationen-WG, wird sich noch herausstellen. „Zurzeit gibt’s noch ein bisschen Umzugschaos“, sagt Koordinator Erwin Oberbrammerger. Irgendwann soll das Projekt die älteren BewohnerInnen vor der Alterseinsamkeit bewahren und die SeniorInnen könnten den gestressten Eltern mit Vorlesestunden für die Kinder unter die Arme greifen. In der Einzugsphase in der Vorweihnachtszeit gab es bereits gemeinsame Aktivitäten: Während die Eltern Umzugskisten schleppten, backten ihre Sprösslinge im Gemeinschaftsraum Kekse mit einer Betreuerin.

BETREUUNG MUSS SEIN. Ganz ohne Betreuung funktionieren auch die am besten geplanten Projekte nicht – darüber sind sich die InitiatorInnen aller drei Generationen-Projekte einig. „Von ganz alleine passiert gar nichts“, weiß Leopold aus Erfahrung. Für das Kolpinghaus steht deshalb die Abteilung „Lebensqualität“ des Vereins als Ansprechpartnerin zur Verfügung und ist für die Organisation von Festen zuständig. Auch im Salzburger Projekt wird eine ständige Betreuerin dafür sorgen, dass die BewohnerInnen die Gemein-

schaftsräume nutzen. „Jemand muss gemeinsame Aktivitäten initiieren, Ideen einbringen, sozusagen das Handwerkszeug liefern. Sonst wird es schwierig“, meint Oberbrammerger.

Für die Generationen-WG der ÖJAB ist Veronika Stegbauer zuständig. Sie kümmert sich um alles Organisatorische – angefangen von HandwerkerInnen über die Behebung von Internetproblemen bis hin zum Müllentsorgungsplan. Zusätzlich kommt zwei Mal in der Woche eine Putzfrau. JedeR, der/die einmal in einem Studentenheim gewohnt hat, kann erahnen wie eine Küche aussehen kann, die von 24 BewohnerInnen benutzt wird. Des Weiteren leitet Stegbauer einmal im Monat eine BewohnerInnenversammlung, bei der Probleme besprochen und Aufgaben verteilt werden: Eine BewohnerIn holt in der Früh die Post und verteilt sie, ein/e andere/r ist für Computer und Technik zuständig.

DIE GEMEINSCHAFT MUSS PASSEN. Eine weitere Voraussetzung dafür, dass Generationen-Wohnprojekte funktionieren, ist, wie in jeder WG, dass die MitbewohnerInnen zusammenpassen müssen. Oberbrammerger hat zunächst mit allen InteressentInnen für die Wohnungen in Salzburg telefoniert, um herauszufinden, ob eine generationenverbindende Wohnform überhaupt das Richtige für sie ist. „Wenn alte Leute sagen ‚Ich möchte meine Ruhe haben‘ oder junge Eltern ‚Wir haben zwar

keine Großeltern mehr, aber das wollen wir auch gar nicht‘, dann macht Generationen-Wohnen nicht viel Sinn.“ Wegen eines schwierigen Mitbewohners hat auch Stegbauer von der ÖJAB die letzten Wochen damit verbracht, jemand neuen für die Generationen-WG zu suchen. „Der vorige Bewohner hat die Gemeinschaft doch ziemlich strapaziert.“ Nun zieht eine russische Studentin mit ihrer achtjährigen Tochter in die WG ein und stellt das Generationen-Projekt vor neue Herausforderungen. „Wir werden sehen, wie das mit der Tochter wird“, sagt Stegbauer. „Vielleicht organisieren wir Kinderbetreuungsdienste.“

Trotz – oder gerade wegen – der kleinen Herausforderungen im Alltag wird Generationen-Wohnen immer beliebter. Seit Kurzem gibt es neben dem Kolpinghaus in Favoriten auch eines im zweiten Wiener Gemeindebezirk. Die ÖJAB will neben der Generationen-WG bald ein ganzes Generationen-Haus eröffnen. Und auch in Salzburg sind schon zwei weitere Projekte in Planung. Denn viele SeniorInnen brauchen keine Pflege, sondern einen Ausweg aus ihrer Einsamkeit. Für sie könnte generationenverbindendes Wohnen in Zukunft eine Alternative zum Altersheim sein.

Magdalena Liedl studiert Zeitgeschichte und Anglistik, Julia Prummer Rechtswissenschaften an der Uni Wien.

Christina Antonakos-Wallace,
Regisseurin und Produzentin
von „with wings and roots“.



Fotos: with wings and roots



Sonny und Akim sind zwei von 50 Kindern von Migrant_innen aus Berlin und New York, die im Rahmen des Projekts „with wings and roots“ ihre Geschichte erzählt haben.

„Warum reden sie von meiner Generation?“

Entgegen der gängigen Darstellung der zweiten Generation von Migrant_innen als ewig Fremde und Dauergäste, macht das transnationale Film- und Multimedia-Projekt „with wings and roots“ sichtbar, wie Kinder von Migrant_innen in Berlin und New York allen Herausforderungen zum Trotz Zugehörigkeit neu denken und leben.

Seneit blickt in die Kamera und schmunzelt: „Wenn mich jemand fragt, woher ich komme, sag’ ich manchmal aus Spaß, weil ich sie ärgern will: aus Mannheim. Ich mach’ das gerne, so provokativ zu sagen: Wieso? Ich bin auch Deutsche! Das find’ ich total amüsant.“ Dabei ist das keineswegs ein Witz. Die junge Frau, die heute in Berlin lebt, ist tatsächlich in der baden-württembergischen Quadratestadt aufgewachsen. Nichtsdestotrotz provoziert diese biographische Tatsache so manche_n deutsche_n Bürger_in, weil Seneit, die als Kind mit ihren Eltern vor dem Bürgerkrieg in Eritrea geflohen ist, eben Seneit heißt und *schwarz* ist. „Die Deutschen reden zwar über Integration und so, aber letztendlich ist es so: Bei den einzelnen Deutschen ist einfach noch nicht angekommen, dass es auch *schwarze* Deutsche gibt, oder viele andere Deutsche mit einem anderen sozialen und kulturellen Hintergrund“, konstatiert Seneit und fügt hinzu: „Leben in Deutschland ist ein bisschen so wie auf einer Party zu sein, auf die man eigentlich nicht so richtig eingeladen wurde.“

DIE VIELFALT DER ZWEITEN GENERATION. Seneit ist eine von vielen, die ihre Geschichten im Rahmen des Projekts „with wings and roots“ erzählt haben. Vor fünf Jahren begann dessen Gründerin, die in Brooklyn lebende Dokumentarfilmerin Christina Antonakos-Wallace, in Berlin und New York Interviews mit Kindern von Migrant_innen zu führen. „Das hat auch viel mit meiner eigenen Geschichte und meinen eigenen Erfahrungen zu tun“, erzählt sie im Interview mit *progress*: „Ich wollte einen Film über meine Altersgenoss_innen machen, über die Themen, die ich als Fragen meiner Generation sehe. Ich erzähle zwar nicht meine eigene Geschichte, aber ich werfe einen Blick auf Erfahrungen, mit denen ich mich persönlich verbunden fühle.“ Antonakos-Wallaces Anspruch war dabei von Anfang an, die Kreativität und die Intelligenz jener Menschen

in den Mittelpunkt zu rücken, über die Mainstream-Medien in Zeiten der Integrationsdebatte zwar viel zu sagen haben, dabei aber allzu oft Stereotype einer orientierungslosen „zweiten Generation“ reproduzieren: geprägt von Bildungsdefiziten, gefangen in Parallelgesellschaften oder zerrissen zwischen scheinbar miteinander unvereinbaren Kulturen. Der tatsächlichen Vielfalt der Stimmen, Perspektiven und Lebensrealitäten von jungen Menschen mit Migrationsgeschichte wird dabei kaum Raum gegeben.

Angetreten, einen Perspektivenwechsel zu vollziehen und eine Plattform zu schaffen, die es Kindern von Migrant_innen erlaubt, für sich selbst zu sprechen, ist „with wings and roots“ mittlerweile zu einem vielschichtigen Bildungs- und Multimedia-Projekt herangewachsen, an dem mehr als 30 Personen ehrenamtlich mitarbeiten. Zwei Kurzfilme und Bildungsmaterialien, mit denen unter anderem in Schulklassen und Workshops gearbeitet wird, sind entstanden. Noch heuer wird ein abendfüllender Dokumentarfilm veröffentlicht. Außerdem wird Seneits Geschichte gemeinsam mit jenen von über 50 weiteren jungen Menschen auf einer zweisprachigen, interaktiven Webseite der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Aus einer Vielzahl kurzer Videoclips wird im Netz eine umfassende Geschichtensammlung geschaffen, in der ganz unterschiedliche junge Berliner_innen und New Yorker_innen ihre Positionen und multiplen Zugehörigkeiten in Zusammenhang mit der Migrationserfahrung ihrer Eltern und Großeltern, vor allem aber auch mit den Exklusions- und Inklusionsmechanismen der deutschen und der amerikanischen Gesellschaft reflektieren. Mit Hilfe einer aufwendig gestalteten Zeitleiste der deutschen und amerikanischen Migrationsgeschichte wird dort auch aufgezeigt, wie diese individuellen Geschichten mit gesellschaftlichen und politischen Ereignissen verzahnt sind: von der deutschen Kolonialgeschichte

bis zu aktuellen Diskussionen rund um eine Reform der Immigrationsgesetze in den USA. „Damit ist auch der Anspruch verbunden, Wissenslücken zu schließen“, erklärt Olga Gerstenberger, die in den letzten zwei Jahren intensiv an der Erstellung dieser Zeitleiste mitgearbeitet hat: „Die Stereotype in den Köpfen der Menschen haben nämlich einerseits viel mit historischen Prägungen zu tun und gleichzeitig auch mit einem gewissen Nicht-Wissen.“

Auch der komparative Zugang soll dazu beitragen, das Thema Migration in ein neues Licht zu rücken, erklärt Christina Antonakos-Wallace: „Das Thema in einem neuen und transnationalen Kontext zu sehen, soll dem Publikum auf beiden Seiten des Atlantiks die Möglichkeit geben, zu erkennen, dass die Dinge nicht unbedingt so sein oder bleiben müssen, wie sie sind. Der Vergleich soll in Frage stellen, dass die jeweiligen Vorstellungen von nationaler Identität und Fremdheit natürlich und unveränderbar seien.“ Als Vorbild will sie aber weder die deutsche, noch die US-amerikanische Gesellschaft verstanden wissen, denn wie ein roter Faden durchzieht eine Gemeinsamkeit die sonst so heterogenen Geschichten, die junge Menschen auf beiden Seiten des Ozeans erzählen: das Dilemma, in einem Umfeld aufzuwachsen, das sie alltäglich daran erinnert, dass sie nicht „wirklich“ dazu gehören, zugleich aber konstant ihre Verpflichtung betont, sich zu integrieren.

HERKUNFTSDIALOGUE. Obwohl Dina nicht in Mannheim, sondern in New York aufgewachsen ist, kennt auch sie die von Seneit angesprochene Krux nur allzu gut. Sie blickt ernst in die Kamera: „Wenn die Leute mich fragen, woher ich komme, denke ich, aus New York. Und dann, wenn sie nicht zufrieden sind, mit dieser Antwort, fragen sie: Wo kommst du wirklich her? Als ob das ‚wirklich‘ alles klären würde. Oder: ‚Wo kommen deine Eltern her?‘“ Der

Migrationsforscher Mark Terkessidis bezeichnet diese „Herkunftsdialoge“ als „subtile Form der Verweigerung“, die immer auch kommuniziert: Mit deinem Aussehen und deinem Namen gehörst du eigentlich woanders hin. Die alltägliche Frage nach der „wirklichen Herkunft“ spiegelt wider, „wie eng Zugehörigkeit heute noch immer definiert wird“, erklärt Christina Antonakos-Wallace. Akim, dessen Familie in den 80er-Jahren aus Vietnam geflüchtet ist, fasst das in einem ihrer Kurzfilme so zusammen: „Hier in Deutschland ist man halt noch immer ein Ausländer. Und man ist ja offensichtlich ein Ausländer. Aber das Krasse ist ja auch, wenn man nach Vietnam geht, dass man dann auch ein Ausländer ist.“

Derya, die sich selbst als „Deutsch-Türkin, weder türkisch noch deutsch, eben Deutsch-Türkin“ bezeichnet, sieht die Logik der Deplatzierung auch im deutschen Integrationsdiskurs verankert: „Als es damals im Fernsehen oder in den Zeitungen anfang, dachte ich: ‚Hä? Warum Integration? Warum reden sie von meiner Generation? Ich bin doch integriert. Ich bin doch hier aufgewachsen.‘“ Und sie ergänzt: „Man kennt ja die Straßen in- und auswendig. Und dass man dann nicht akzeptiert wird oder mit irgendwelchen Vorurteilen belastet wird, trifft einen schon sehr oft.“

Sonny erzählt davon, wie es war als Sikh in Charlotte, North Carolina, aufzuwachsen: „Während dieser Zeit hatte ich ein wahres Verlangen, weiß zu sein. Ich wollte nicht diese fremde Gestalt sein, wo immer ich hinging. Ich wollte John heißen, eine gute Frisur haben und Basketball spielen.“ Von Mobbing in der Schule, „Ausländerklassen“ und Hauptschulempfehlungen, „weil für Ausländerkinder eben nicht mehr geht“, wird in der Geschichtensammlung viel erzählt; aber auch davon, wie Juliana, allen Entmutigungen durch LehrerInnen und ihr Umfeld zum

Trotz, die Highschool abschließt, wie Ipek in Berlin ihre erste lesbische Gruppe gründet und Sonny heute in New York als Teil der *Sikh Coalition* gegen rassistische Diskriminierung kämpft.

Welche Rolle für die jungen Protagonist_innen dabei ihre Wurzeln spielen, ist völlig unterschiedlich. „In einer Gesellschaft wie dieser, in der es einen großen Assimilationsdruck gibt, ist es, denke ich, sehr wichtig für uns als zweite Generation von Einwanderer_innen, uns mit unserer Herkunft zu identifizieren und stolz darauf zu sein,“ sagt Sonny. Zugleich kritisiert er ein Verständnis von Kultur als etwas, das es zu bewahren und konservieren gilt. Akim stellt fest: „Wurzeln? Wenn man die lange genug kocht, werden sie auch weich“ und schenkt Tee ein. Und Dina meint: „Ich denke es ist wichtig für manche Leute, mit ihren Wurzeln verbunden zu bleiben. Aber ich habe das Gefühl, dass mich diese Frage nie betreffen wird.“

BEWEGTE ZUGEHÖRIGKEITEN. Nicht zuletzt thematisiert „with wings and roots“, welche vielfältigen Antworten die Kinder von Migrant_innen auf die Frage nach der eigenen Zugehörigkeit und dem Zuhause finden: „Ich glaube, gerade jetzt ist Brooklyn Zuhause, aber ich denk, dass ich ein anderes Zuhause auch woanders kreieren kann“, sagt Sonny dazu. „Heimat ist für mich, wo ich meinen Kopf hinlege“, meint Miman und deutet das Bild vom Leben zwischen den Welten im positiven Sinne um. Statt als Anlass zur Krise sieht er es als Vorteil: „Ich bin halt zwischen zwei Stühlen aufgewachsen, ich durfte zwei Kulturen erleben und ich hab das für mich so geregelt, dass ich mir von beiden das Beste genommen habe.“ Seneit strahlt regelrecht, wenn sie erzählt: „Für mich ist das Beste einfach nur, dass ich die Wahlmöglichkeit habe. Ich kann gerne in Deutschland leben und mich wohlfühlen und ich

kann gerne in Eritrea leben und mich wohlfühlen. Und das find ich toll. Da fühl ich mich reich.“ Eine eindeutige Identität gibt es für sie nicht: „Das ist einfach wie so ein ganzer Blumenstrauß.“ Auch Dina lacht, als sie sagt: „Ich denke, ich bin mehr als alles andere Amerikanerin, da ich sehr verwirrt bin. Denn auch so viele andere Amerikaner_innen, die unterschiedliche kulturelle Hintergründe haben, sind verwirrt.“ Und schließlich äußert auch sie Zweifel, ob es tatsächlich eindeutiger Antworten auf die Frage der Zugehörigkeit bedarf: „Mag es eine komplizierte Angelegenheit sein! Ehrlich gesagt, mag ich es, dass es schwierig ist, diese Frage zu beantworten.“

Anna Ellmer hat in Wien und Paris Kultur- und Sozialanthropologie studiert.

Für ein ausführliches Interview mit der Regisseurin und Produzentin Christina Antonakos-Wallace lies weiter auf www.progress-online.at.

Infobox

Für weitere Informationen über „with wings and roots“: <http://withwingsandrootsfilm.com>.

Der Kurzfilm „Article of Faith“ – ein Portrait des in Brooklyn lebenden Aktivisten Sonny Singh – ist hier verfügbar: www.youtube.com/watch?v=BWic5hPZfS4.

„With wings and roots“ ist ein offenes und stets wachsendes, kollaboratives Projekt. Wer selbst daran mitarbeiten möchte, seine eigene Geschichte erzählen möchte, ein Film-Screening oder einen Workshop organisieren oder sich auf andere Art beteiligen möchte, ist herzlich dazu eingeladen, über Facebook und/oder die Website mit dem Team in Kontakt zu treten.

FAMILIENPROBLEME

Die Familie gab stets Anlass zum Kopfzerbrechen, im Leben wie in der Literatur. Sie fordert dazu heraus, über das Verhältnis von Generationen, Einzelnen und Gesellschaft nachzudenken.

Familien sind überall. Im Fernsehen sind sie himmlisch und schrecklich, haben kleine Farmen und Anwesen in Bel Air. Auch jenseits der Fiktion sind sie nicht unterrepräsentiert, es gibt ein Ministerium für Familie und Jugend sowie eigene Familiensprecherinnen und -sprecher bei den großen Parteien. Die ersten Assoziationen zu Familie betreffen das traute Heim, die (verlogene) Idylle und die (erzwungene) Harmonie. Eigentlich steht die Familie aber im Zentrum gesellschaftlicher Konflikte und ist Austragungsort zahlreicher Kämpfe. Sie nimmt eine Scharnierfunktion zwischen Privatem und Öffentlichem ein.

SOZIALTÜMPEL. Die Familie bildet deshalb ein äußerst reizvolles Experimentierfeld für die Literatur. In ihr verdichtet sich Gesellschaft, sie ist Kulminationspunkt abstrakter Verhältnisse und macht diese greifbar. Darüber hinaus ermöglicht die Auseinandersetzung mit den Eltern einen persönlichen Zugang zur Vergangenheit. Das motivierte etwa die sogenannten „Väterbücher“, in denen sich, beginnend mit den 1970er-Jahren, eine ganze Reihe von Autoren und einige Autorinnen mit ihren gestorbenen Vätern auseinandersetzten. Peter Henischs „Die kleine Figur meines Vaters“ und Elisabeth Plessens „Mitteilung an den Adel“ sind Beispiele für diese Art der Vergangenheitsbewältigung. Bis heute erfreut sich diese Form der Kontaktaufnahme mit den toten Ahnen gewisser Beliebtheit. So legte Erich Hackl gerade einen Band voll dichter Prosa vor, die sich vorsichtig dem Leben seiner Mutter im Waldviertel annähert. Charakteristisch für diese Art der Literatur ist ein einfühlsamer Stil, der sich Wertungen

enthält. Dennoch idealisiert Hackl das Landleben keinesfalls, sondern schildert verhältnismäßig nüchtern auch dessen Grausamkeiten; etwa wenn es um den Umgang mit Abtreibung geht.

PARS PRO TOTO. Bereits 2010 hatte Hackl einen anderen Familienroman vorgelegt. Er beschreibt die Geschichte der Familie Salzmann über drei Generationen. So behutsam das Buch mit dem Untertitel „Erzählung aus unserer Mitte“ die individuelle und genau recherchierte Geschichte der Figuren erzählt, so sehr ist es auch ein Buch über gesellschaftliche Kontinuität und das Fortleben von Antisemitismus und autoritärem Charakter. Es ist ein Buch über eine Familie, aber auch ein Buch über Postnazismus. Noch der Enkel des Kommunisten und Widerstandskämpfers Hugo Salzmann und der in Ravensbrück ermordeten Juliana Salzmann wird an seinem Arbeitsplatz bei der Grazer Gebietskrankenkasse antisemitisch gemobbt und 1997 schließlich entlassen.

Diese Verbindung des Erzählens über einzelne Personen und Familien auf der einen Seite und über eine Gesellschaft als Ganze auf der anderen Seite könnte als widersprüchlich verstanden werden. Schließlich hat das Leben einer eingewanderten Hilfsarbeiterin mit dem einer erfolgreichen Anwältin aus eingesessener Familie zunächst scheinbar wenig zu tun. Aber kreuzen sich die Wege dieser Bewohnerinnen unterschiedlicher Welten nicht dennoch, und sind ihre Positionen nicht im Grunde voneinander abhängig?

Solche Zusammenhänge kann ein Roman in einer Situation zuspitzen. Die

Herausforderung liegt darin, Beispiele auszuwählen, die nicht einfach als Einzelfälle abgetan werden können. Dazu müssen sie mehr sein als ein Beleg für ein Problem. Sie müssen etwas Zwingendes erhalten, das es ihnen erlaubt, sich ein Stück weit zu ver selbstständigen. Solche Geschichten sind wahr, ohne dafür auf historischer Wahrheit beruhen zu müssen.

VERWANDTES. Die Probleme, die der Familien- und Generationenroman aufwirft, gehen somit über die Sphäre der Verwandtschaft hinaus. Zentral ist dabei der Gegensatz zwischen den Einzelnen und der Gesellschaft. Dieses Verhältnis kann sehr unterschiedlich gedacht werden. Auch über völkisch-rechte Kreise hinaus ist die Vorstellung von Gesellschaft als Organismus, dessen Zellen die einzelnen Menschen seien, weit verbreitet. In dieser Vorstellung wird das Ganze hoch bewertet, die Einzelnen werden jedoch zu funktionalen Rädchen und Schrauben herabgesetzt.

In einer anderen Sicht, die mitunter von Teilen der modernen Sozialwissenschaft vertreten wird, stellt sich Gesellschaft als die Summe ihrer Teile vor. Auf eine Gesellschaftstheorie verzichten VertreterInnen dieses Weltbilds. Die Forschung beschränkt sich dann darauf, die Reaktionen der Menschen auf gewisse Impulse aufzuzeichnen und Prognosen für zukünftiges Verhalten zu treffen. Aussagen über ein gesellschaftliches Ganzes scheinen aus dieser Perspektive spekulativ und unseriös.

Gesellschaft ist jedoch weder ein für sich selbst existierendes Wesen, noch einfach ein Sammelbegriff für

einen Haufen unzusammenhängender Einzelteile. Eher müsste sie als das Verhältnis der Menschen zueinander gedacht werden. Sie ist zwar als eigenständige Dynamik beschreibbar, aber nicht als von einzelnen Menschen und Geschichten unabhängig existierende Wesenheit. Walter Benjamin hat einmal das Bild der Sternkonstellation bemüht, um seine Theorie von Wahrheit zu erklären. Die Analogie funktioniert auch hier. So wie der Große Wagen eine bestimmte Anordnung von Sternen ist, so ist Gesellschaft eine bestimmte Konstellation von handelnden und denkenden Menschen. Eine Konstellation übrigens, die sich durchaus ändern ließe, würde der Wagen nicht allzu tief im Schlamm stecken.

Vielleicht besteht aber Hoffnung. Schließlich ist das Verhältnis zur Elterngeneration zunächst rebellisch und unangepasst. Deutet der Umstand, dass sich Wolfgang Herrndorfs Roman „Tschick“, der sich um einen jugendlichen Ausreißer dreht, beständig auf den Bestsellerlisten hält, auf die Lebendigkeit dieses Potentials hin? Oder mündet die Rebellion der Jungen am Ende doch in der Anpassung an die Werte der Eltern?

Simon Sailer studiert im Master Art and Science an der Universität für angewandte Kunst Wien.

FEUILLETON



Frauen* Frühlings Uni

FFU14
Salzburg Land
29.05-01.06.14
frauenuni.at

jetzt
anmelden!

Die **Frauen*FrühlingsUni** will einen Raum zur kritischen Auseinandersetzung mit feministischen, frauen*-spezifischen und queeren Themen und Theorien schaffen, um gewordene Strukturen und Hierarchien herauszufordern und nach neuen Möglichkeiten und Wegen zu suchen, diese zu hinterfragen und zu verändern. Im Rahmen von Vorträgen, Workshops, Podiumsdiskussionen, Lesungen und Film-Screenings soll in feministische Theorien und Themen eingeführt werden. Einen besonderen Fokus setzen wir auch auf gelebte Praxis und konkrete feministische Handlungsstrategien, um das Erfahrene in den Alltag integrieren zu können.

Seit 2007 findet die **Frauen*Universität** jährlich in jeweils einem anderen Bundesland statt. Nachdem die Frauenuniversitäten traditionellerweise immer in österreichischen Universitätsstädten abgehalten wurden, fand die **FFU 2013** in Schläining im Burgenland erstmals im nicht urbanen Raum statt. Dies wollen wir mit der **FFU14** fortführen, um auch Frauen* aus dem ländlichen Raum anzusprechen und Lebensrealitäten abseits der Städte in den Fokus zu rücken.

Aus diesem Grund haben wir uns als Veranstaltungsort für die **FFU14** für **Wagrain** im Land Salzburg entschieden. Weiters soll die zentrale Lage Frauen aus ganz Österreich eine leichte Anreise ermöglichen. Die Inklusion von Frauen* jeglicher Herkunft, egal ob mit oder ohne akademischen Hintergrund, ist uns ein großes Anliegen. Von **29. Mai bis 01. Juni 2014** wollen wir dort gemeinsam vortragen, diskutieren, netzwerken, Strategien entwickeln, Erfahrungen austauschen und nicht zuletzt auch gemeinsam feiern.

feminismen ort_en!

DISKUSSIONEN
VORTRÄGE
LESUNGEN
VERNETZUNG
WORKSHOPS
PARTY
KUNST

Ein ausgeprägter Mangel an Perfektionismus

Judith Holofernes ist ab April mit ihrem neuen Soloalbum „Ein leichtes Schwert“ auf Tour. Mit progress sprach sie über ihren musikalischen Neubeginn nach *Wir sind Helden*.

progress: Du bist nun wieder solo als Judith Holofernes unterwegs. Sieht so aus, als hättest du die schwere Flotte *Wir sind Helden* verlassen...

Judith Holofernes: Auf einem kleinen Ruderboot hab ich mich vom Acker gemacht (*lacht*).

Wie wichtig ist dir dein Kurswechsel als Musikerin? Ich als Fan finde es toll, wenn sich Leute verändern. Für mich hat das keinen hohen Wert, wenn jemand 30 Jahre lang in derselben Band ist und immer das Gleiche macht. Ich selbst hing sehr an meiner Band *Wir sind Helden* und wenn das nicht so gewesen wäre, hätten wir sicher fünf Jahre früher aufgehört. Mit zwei Kindern waren die *Helden* doch ein Himmelfahrtskommando. Ich bin froh, dass ich einen Weg gefunden habe, überhaupt noch Musik machen zu können.

Nach *Wir sind Helden* wurde es sehr ruhig um deine Person. An „Ein leichtes Schwert“ hast du fast heimlich gearbeitet. Wie kam es zu dem Entschluss die Platte nicht groß anzukündigen?

Ich hatte gar nicht vor eine Platte zu machen. Ich habe nur irgendwann bemerkt, dass ich das eigentlich gerade tue. Ich habe niemandem davon erzählt, außer meinem Mann Pola und meinen Freunden. Auch auf meinem Blog hab' ich erst sehr spät kleine Zeichen gegeben. Das war ein Segen, weil ich bis zum Schluss ein Gefühl von Freiheit hatte. Niemand wartet auf irgendetwas. Das hatte ich das letzte Mal, bevor es *Wir sind Helden* gab.

Auf deiner letzten Platte hast du in dem Song „Die Träume anderer Leute“ noch gesungen: „Wenn die Träume so tief fliegen/weil sie zum Schweben zu viel wiegen“. Deine neuen Songs klingen hingegen viel unbeschwerter. Hast du mit dem Soloprojekt die Leichtigkeit wiedergefunden?

„Die Träume anderer Leute“ trifft total die damalige Situation. Wenn man die Geschichte von *Wir sind Helden* erzählt, ist sie wie ein Märchen, und das dann loszulassen braucht Mut. Ich finde die Band immer noch toll und trotzdem will ich das nicht mehr machen. Die Energie, die nach *Wir sind Helden* freigesetzt wurde, ist nun in dieser Platte und es freut mich, dass sie wie die letzten drei Jahre meines Lebens klingen.

À propos Mut, viele deiner Songs, zum Beispiel „Pechmarie“ oder „Liebe Teil 2“, beschreiben den schwierigen Alltag mit Kind. In „Nichtsnutz“ zeigst du, dass man auch mal nichts zu machen braucht. Ist

Müßiggang für dich manchmal eine Mutprobe?

Ich finde das Thema Müßiggang total wertvoll, weil ich es wichtig finde, sich mit dem – in Deutschland würde man sagen – preußischen Arbeitsethos auseinanderzusetzen. Unsere Gesellschaft definiert sich sehr über das, was man macht und schafft.

Einige Lieder haben einen sehr selbstironischen Touch, obwohl sie sich eher um ernstere Themen drehen. Ist Ironie deine Methode, den Dingen ihre einschüchternde Größe zu nehmen?

Das ist gewissermaßen der Blick, den ich auf die Welt habe. Ich nehme viele Sachen mit Humor. Aber nicht, um mich von ihnen zu distanzieren. Ich glaube der Humor kommt einfach mit einem liebevollen Blick. Das können dann schon schwere Themen sein, weil es ist nicht so einfach, ein Mensch zu sein. Wir sind alle niedlich und es ist auch etwas Lustiges in der Art, wie wir uns abstrampeln und dem, was dabei alles schiefeht. Ich als Fan mag es am liebsten, wenn das Ernste und das Humorvolle zusammenkommen. Wenn ich in der ersten Strophe des Liedes lache und in der dritten weine, dann ist das Lied für mich perfekt. Dann ist das Menschsein auf den Punkt gebracht.

In einem Interview hast du erwähnt, dass in deiner neuen Band Frauen dabei sind. Warum ist dir das wichtig?

In erster Linie hat das musikalische Gründe, weil auf der Platte sehr viele Backingvocals drauf sind, die mir wichtig waren. Unsere Vorbilder dafür waren Dolly Parton oder die Backingsängerinnen von Bob Marley. Ich wollte, dass das so klingt. Nach 20 Jahren, in denen man immer seine eigenen Backingvocals singt und dann auf der Bühne die Jungs „AURÉLIE!“ brüllen hört, habe ich mir überlegt, wie das wohl mit Frauen klingen würde. Auf der anderen Seite finde ich es auch einfach super, Frauen in der Band zu haben. Mein Beruf ist sehr männlich geprägt. Ich war jahrelang mit 18 Männern im Tourbus unterwegs. Jetzt habe ich ein Frauenmanagement und die letzten Heldenjahre hatten wir eine technische Leiterin, der testosteronigste Job am Platz. Ein bisschen mehr Frauen in meinem Umfeld, das tut mir schon gut – allein schon, weil mir ab und zu jemand sagt, dass ich mir die Haare kämmen könnte (*lacht*).

Musikalisch sind die Lieder sehr unterschiedlich. Von Indie Rock und Pop bis Country und Folk lässt sich darin einiges finden.



Foto: Alexander Gotter

Und Afrobeat. Und Blues. Im Prinzip bin ich meinen ganz persönlichen Vorlieben nachgegangen: von Alternative-Country über Zydeko bis hin zu afrikanischer Musik. Jetzt wo ich alleine unterwegs bin, mach ich eben jeden Quatsch, der mir so einfällt. Auf „Ein leichtes Schwert“ sind viele verschiedene Musikstile zu hören, aber sie haben alle eine gemeinsame Wurzel und das ist ein ausgeprägter Mangel an Perfektionismus.

Das Interview führte Marlene Brüggemann.

www.judithholofernes.com
Konzert: 9. 4., Arena, Wien

Ein Platz an der Sonnenfensterbank

Wenn die Tage wieder länger werden, ist es höchste Zeit, den Frühling in die eigenen vier Wände zu holen – mit einem kleinen Paprikagärtchen auf der Fensterbank beispielsweise. Für die botanische Augen- und Gaumenfreude braucht es zum Starten nicht mehr als eine frische Paprika und etwas Erde.

1. Die Paprika aufschneiden und die Samen herausnehmen.



2. Auf einem Blatt Küchenrolle gut verteilt auflegen und drei Tage lang trocknen lassen.



3. Um ihnen das Quellen zu erleichtern, die Samen mitsamt Küchenrolle auf einen Teller legen, mit ein wenig frisch aufgebrühtem Kamillentee begießen und zwei Tage lang einweichen.



4. In einen Joghurtbecher feuchte Anzucherde füllen und leicht festdrücken. Mit einem Stift höchstens drei etwa 1 cm tiefe Löcher mit ausreichend Abstand zueinander hineinbohren, in jedes Loch einen Samen legen und mit wenig Erde bedecken. Die Erde gut befeuchten, ein Stück Frischhaltefolie über den Becher legen und mit einem Gummiband fixieren. Das Mini-Gewächshaus an einen warmen, hellen Ort stellen – eine sonnige Fensterbank über einem Heizkörper ist ideal.

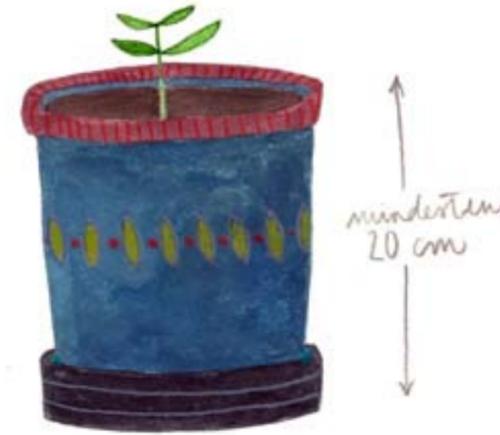


6. Wenn sich nach ungefähr einer bis zwei Wochen die ersten zarten Keimlinge gebildet haben, die Folie entfernen. Die frisch ausgekeimten Pflänzchen weiterhin mit ausreichend Feuchtigkeit, Wärme und Licht versorgen.



Texte und Illustrationen: Ulrike Krawagna

7. Wenn nach weiteren drei bis vier Wochen das zweite Blattpaar sprießt, werden die Setzlinge in Blumentöpfe übersiedelt: Mit einem Teelöffel Pflänzchen für Pflänzchen vorsichtig herausheben; dabei um die Wurzeln herum großzügig Erde mitnehmen, damit sie nicht verletzt werden.



8. Jedes Pflänzchen in einen eigenen, mindestens 20 cm tiefen Topf setzen und auf eine Fensterbank mit sehr viel Sonne stellen. Paprika braucht zum Gedeihen viel Wasser und die Pflanze sollte daher idealerweise täglich besprüht werden. Wenn sie höher wird, kann man sie beispielsweise mit einem Holzstäbchen, einem Schaschlikspieß oder einem Essstäbchen stützen.

obald die erste Blüte erscheint und das belohnte GärtnerInnenherz sich ausreichend darüber gefreut hat, muss die sogenannte Königsblüte mit den Fingern abgewickelt werden, damit die Pflanze nicht all ihre Energie in ihre Schönheit anstatt ins Paprikawachstum steckt. Außerdem ist sofort vermehrtes Gießen angesagt.



10. Nach ungefähr einem halben Jahr sollten sich die ersten Früchte gebildet haben. Wenn sie nach etwa einem Monat hart und knackig sind, sind die Paprika, die übrigens während der Fruchtreife gewöhnlich ihre Farbe verändern, erntebereit und können abgeschnitten oder abgedreht werden. Stolz sein, hineinbeißen und genießen.



11. Wer sich weiter gut um die Pflanze kümmert, sollte in den nächsten zwei bis drei Monaten mit weiteren Früchten belohnt werden.



Für die Besiedelung des kleinen Fensterbrettackers kommt eine ganze Fülle an essbaren Pflanzen infrage. Salat und Kräuter sind die Klassiker unter den Fensterbänklern, auch Radieschen, Tomaten und Bohnen gedeihen gut und die Blüten von Ringelblume, Veilchen und Stiefmütterchen schmecken nicht nur köstlich, sondern sind zudem auch noch besonders dekorativ.

DER VERGESSENE WELTKRIEG

100 Jahre sind seit dem Ersten Weltkrieg vergangen. 2014 wird von Medien und Regierungen als das Super-Gedenkjahr zelebriert. Eine letzte Chance, den Ersten Weltkrieg zu einem aktiven Teil der österreichischen Erinnerungskultur zu machen?

Würde mensch dem Bild Glauben schenken, das für Tourist_innen und Schulklassen bei Sehenswürdigkeiten in Österreich vom Ersten Weltkrieg inszeniert wird, würde es sich bei dem ersten industriell geführten europäischen Krieg um wenig mehr handeln als ein Stück kitschige Habsburger_innenfamiliegeschichte: Die Ermordung des Thronfolgerpaares erscheint als einzige Kausalität eines Krieges, in dessen Folge ein „geliebter“ Kaiser stirbt und die romantisierte Monarchie untergeht. Die gesellschaftlichen Umbrüche, die Gräueltaten und das Elend des Kriegs werden marginalisiert, höchstens wird noch auf die Geschichte von Soldaten an der Front verwiesen.

WAS BLEIBT? Dabei wäre ein vielschichtiger Umgang mit dem Ersten Weltkrieg dringend notwendig: Schon seit Längerem wird er in der Geschichtsschreibung als „Urkatastrophe“ des 20. Jahrhunderts angesehen. Entscheidungen und Fehler nach dem „Großen Krieg“, der hinsichtlich Kriegsführung und seiner Auswirkungen für den europäischen Kontinent ein Einschnitt war, haben sich direkt auf jene Ereignisse und Handlungen niedergeschlagen, die schließlich zum Zweiten Weltkrieg führten. Die österreichische Erinnerungskultur in Bezug auf letzteren ist zwar nicht weniger problematisch, aber dennoch deutlich präsenter. Im Gegensatz zum Zweiten Weltkrieg gab es nie einen Historiker_innenstreit oder eine Waldheimaffäre, die zu einer öffentliche(re)n Auseinandersetzung mit dem Ersten Weltkrieg geführt hätten. Zusätzlich beschränkt der als „schmerzlich“ erfahrene „Verlust“ des ehemals großen Habsburger_innenreichs vielfach eine adäquate Erinnerungskultur.

Ein weiteres Problem ergibt sich aus dem Fehlen von Zeitzeug_innen. Menschen, die den Ersten Weltkrieg bewusst miterlebt haben, müssten heute weit über 100 Jahre alt sein. Weil niemand mehr von diesem Krieg erzählen kann, gibt es keine aktive Erinnerung, und Erfahrungen aus und Darstellungen über den Ersten Weltkrieg können nur noch aus zweiter Hand stammen. Ein Umstand, der in naher Zukunft auch auf den Zweiten Weltkrieg zutreffen wird.

WER GEDENKT? Junge Menschen verfügen oftmals nur noch über ein unzureichendes Faktenwissen über die Geschehnisse des Krieges, das

nicht ausreicht, um ein wirkliches Verständnis für diese Zeit zu entwickeln. Dass der Erste Weltkrieg in der Generation der unter 25-Jährigen in Vergessenheit zu geraten droht, kann der Generalsekretär des *Österreichischen Schwarzen Kreuzes*, Alexander Barthou, bestätigen: „Wir haben festgestellt, dass die unmittelbare Erinnerung an die Generation, die im Ersten Weltkrieg gekämpft hat, gerade bei jungen Leuten, nicht mehr da ist. Vater, Großvater – das ist alles schon eine andere Generation. Deshalb geraten der ganze Krieg und vor allem die Opfer immer mehr in Vergessenheit.“

Das Innenministerium hat das *Schwarze Kreuz* in Österreich offiziell mit dem Gedenken der Opfer des Ersten Weltkriegs beauftragt. In diesem Rahmen werden, hauptsächlich von Ehrenamtlichen Gedenkstätten, vor allem aber Soldatenfriedhöfe, sowohl in Österreich als auch solche österreichischer Soldaten im Ausland, betreut. Barthou sieht die Aufgabe des *Schwarzen Kreuzes* darin, „gefallenen Soldaten eine Identität zu geben, das Interesse an dem zu wecken, was passiert ist“ und dadurch „Arbeit für den Frieden“ zu leisten. Neben der unzureichenden finanziellen Unterstützung des Vereins ist dabei der fast ausschließliche Fokus auf soldatische Opfer und die stark militärische Konnotation, die der Verein trägt, auffällig.

Abseits von Soldatenfriedhöfen – auf denen allerdings auch Krankenschwestern begraben sind – gibt es in Österreich kaum Denkmäler oder Ausstellungen, die ein permanentes Gedenken, vor allem über einen soldatischen Kontext hinaus, ermöglichen würden. Wenig bekannt ist die Tatsache, dass an die 30.000 Frauen im Ersten Weltkrieg, vor allem als Krankenschwestern, an und hinter der Front stationiert waren. Ihre Erinnerungen wurden nach dem Krieg nicht beachtet. Lediglich im Heeresgeschichtlichen Museum existiert eine Dauerausstellung zum Ersten Weltkrieg, die anlässlich des Gedenkjahres überarbeitet und neu präsentiert wird. Auch hier ist der soldatisch-militärische Kontext überrepräsentiert, ein Umstand, der im Jahr 2013 durch die Ausstellung „Women at War“, in der es um die Rolle von Frauen an der (Heimat-)Front ging, nur geringfügig kompensiert wurde. Denn die Ausstellung war nur zeitlich begrenzt zu sehen, wies darüber hinaus

eine Reihe von inhaltlichen Fehlern und sexistischen Darstellungen auf und wurde ausschließlich von Männern inszeniert bzw. betreut.

2014 – EIN WENDEPUNKT? Mit dem Gedenkjahr und dem damit generierten „öffentlichen Interesse“ wurde nun aber auch eine Vielzahl neuerer Forschungen und Publikationen angestoßen, die erstmals auch lange vernachlässigten Forschungsgebieten Aufmerksamkeit widmen. Christa Hämmerle, Historikerin an der Universität Wien, beschreibt in ihrem Buch „Heimat/Front“, das im Februar im *Böhlau Verlag* erschienen ist, Perspektiven abseits einer auf Schlachten und Persönlichkeiten fokussierten Geschichtsschreibung und widmet den Fronterfahrungen von Kriegskrankenschwestern ein ganzes Kapitel. Sonderausstellungen, die ab dem Frühjahr in Salzburg, Innsbruck und der niederösterreichischen Landesausstellung auf der Schallaburg zu sehen sind, dürfen mit Spannung erwartet werden, versprechen sie doch teilweise „vollkommen neue Perspektiven auf die sogenannte Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“.

Das Außenministerium hat anlässlich des Gedenkjahres ein Grundlagenpapier herausgegeben, an dem führende österreichische Wissenschaftler_innen mitgearbeitet haben und das auf der Website des Ministeriums als lesenswerter und kostenloser Überblick aktueller Forschung und Geschichtsschreibung zum Thema eingesehen werden kann. Dass sich in Österreich zukünftig analog zu der hier forcierten vielschichtigen Darstellung des Ersten Weltkriegs eine aktivere Erinnerungskultur abseits des militärischen Kontextes etablieren kann, bleibt zu hoffen.

Magdalena Hangel studiert Germanistik, Geschichte und Gender Studies an der Universität Wien und arbeitet zurzeit an ihrer Doktorinnenarbeit.

Buchtipps: Christa Hämmerle: Heimat/Front. Geschlechtergeschichte/n des Ersten Weltkriegs in Österreich Ungarn. Wien: Böhlau Verlag 2014.

Webtipps: Reader Außenministerium: <http://bit.ly/1me8u03>

Neues
Zuhause

Traumjob

Praktikum

Mitfahrgelegenheit

gesucht?

Die neue Serviceplattform der ÖH

www.schwarzesbrett-oeh.at

Das Schwarze Brett der ÖH bietet dir alles, was du rund ums Studium gebrauchen kannst- Finde dein neues Zuhause, den perfekten Job neben dem Studium, das nächste Praktikum oder Mitreisende für deine nächste Zugfahrt. Und das alles kostenfrei! Keine Provision, keine prekären Arbeitsverhältnisse sowie zahlreiche Infos zu den Themen Praktika, Arbeiten, Wohnen und Studieren!

Schwarzes
Brett ÖH



„Reichhaltigkeit ist etwas Schönes“

Das Wiener Elektropop-Duo **Konea Ra** weiß, wie man das Publikum überzeugt: mit verspieltem Sound und opulenter Ästhetik.

Foto: Alexander Gotter



Wer *Konea Ra* das erste Mal hört, mag vielleicht überrascht sein, dass es sich hier um ein Popduo aus Österreich handelt. Das liegt wohl an dem Vorurteil, dass österreichischer Pop immer etwas verspätet und verstaubt sei. Oder daran, dass man ihren Sound eher mit düster-glamourösen skandinavischen Klängen à la *Fever Ray* in Verbindung bringt. Eines steht jedenfalls fest: *Konea Ra* machen Musik am Puls der Zeit. Das merkt man nicht nur an ihren vielfältigen musikalischen Einflüssen, die von Neo Soul bis Hip Hop reichen, sondern auch an der starken visuellen Komponente, die sie pflegen.

progress: 2012 habt ihr euer Debütalbum „Pray for Sun“ herausgebracht. Ihr habt aber beide schon vor *Konea Ra* Musik gemacht. Wie kam es zu eurer Kollaboration?

Stephanie Zamanga: Wir haben uns bei einer Release-Party von Karl Möstls Label *Defusion Records* kennengelernt, da sind wir beide aufgetreten. Ich als Sängerin bei *Señor Torpedo* und Matthias als *Mangara*. Matthias hat sich eineinhalb Jahre danach bei mir gemeldet und gefragt, ob wir einmal gemeinsam Musik machen wollen. **Matthias Cermak:** Genau. Nach meinem Soloalbum wollte ich etwas ganz Neues machen und war auf der Suche nach Leuten, mit denen ich gemeinsam Musik machen kann. Ich habe viele verschiedene MusikerInnen ins Studio eingeladen und Stephi ist gleich mit super Ideen gekommen. Daraus entstand dann *Konea Ra*.

Ihr wart dann 2012 gleich als Duo auf Tour in Mexiko. Wie kam es dazu, dass ihr so schnell nach der Bandgründung gleich so weit weg aufgetreten seid?

Stephanie: Wir hatten soeben unser Album released und damit die Aufmerksamkeit von Flo Launisch geweckt, er ist einer der Visual Artists von *Luma.Launisch*.

Matthias: Flo ist auch Teil des *sound:frame-Festivals* und die haben *Vienna Visuals* kreiert, ein Projekt, in

dem es darum geht, in verschiedene Länder zu reisen und Wien zu präsentieren – da war normalerweise immer ein DJ dabei. Für Mexiko (*Festival Internacional Cervantino*) war jedoch eine Band gefragt. Flo hat uns dann mitgenommen. Aus einem einzelnen Gig ist eine ganze Tour geworden, das war sehr cool.

Euer Sound hat eine melancholische und gleichzeitig eine sehr kraftvolle, glamouröse Seite. Musikalisch seid ihr schwer einzuordnen. Ihr würdet mal mit *The Knife* verglichen. Passt der Vergleich für euch?

Stephanie: Ich sehe das als Kompliment. **Matthias:** Die sind unglaublich cool, aber ich finde sie klingen gar nicht wie wir. Inzwischen ist das ja Kunstmusik, so nervöser Elektrosound. Vielleicht klingen wir eher wie *Fever Ray* (Anm. der Red.: Soloprojekt der Sängerin von *The Knife*).

Ihr legt auch sehr viel Wert auf eine visuelle Ästhetik – kann man nicht auch eure Musik als Kunstmusik bezeichnen?

Matthias: Nein, wir haben ja noch immer einen starken Song-Bezug, es ist noch immer irgendwie Popmusik.

Wieso ist die visuelle Komponente eurer Musik wichtig?

wir sehr nahe dran. Ich habe früher viel Trip Hop und Hip Hop gehört und Stephi hat einen starken Soul-Bezug. Bei uns ist es auch so, dass uns unterschiedliche Genres aus unterschiedlichen Zeiten beeinflussen. Heute ist es ja nicht mehr so, dass man nur einen Sound hört. Früher hat einer nur West Coast oder *Public Enemy* gehört, heute hören die Leute gleichzeitig Indie und Electronic. Stephi weiß immer Bescheid, was gerade neu und cool ist, und daran orientieren wir uns auch. Sie legt ja nebenbei auch auf. Lustigerweise ist es bei uns nicht so, dass der Produzent auflegt – ich habe da keine Ahnung (*lacht*).

An welchem Sound orientiert ihr euch denn?

Stephanie: Meine ursprünglichen Einflüsse sind Soul und Neo Soul, zum Beispiel Erykah Badu, Mary J. Blige aber auch *Sade*. Jetzt sind es eben die, die Soul und elektronische Musik vereinen, so wie etwa James Blake, Jessy Lanza oder auch *Little Dragon*.

Und wer inspiriert dich beim Produzieren?

Matthias: Zum Beispiel *Shlohmo*, *Flying Lotus* oder *Emika* – die ist auch ganz wichtig für uns. Bei ihr ist es einfach toll, dass sie den Mut hat schöne, glatte Songs zu schreiben, dabei aber auch total deep ist. Reichhaltigkeit in der Musik ist etwas Schönes. Es ist gut, wenn man nicht nur in eine Richtung geht, sondern auch nach rechts und links schaut.

Was sind eure weiteren Pläne?

Stephanie: Zur Zeit arbeiten wir im Studio an der Fertigstellung unseres zweiten Albums – im Mai ist die Veröffentlichung geplant. Das nächste Konzert werden wir am 26. März beim *sound:frame-Festival* spielen. Gemeinsam mit *Luma.Launisch* und *DJ Phekt*. Da freuen wir uns schon riesig darauf!

Das Interview führte Simone Grössing.

DER GARTEN DER DISSIDENTEN



Jonathan Lethem: *Der Garten der Dissidenten* (Original: *Dissident Gardens*). Klett-Cotta Verlag Stuttgart, 2014. 476 Seiten, 24,95 Euro

Eine jüdische Familie, drei Generationen von Menschen, die in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts versuchen, ihr Leben nach den eigenen politisch-ideologischen und manchmal utopischen Vorstellungen zu gestalten und dabei an die Gren-

zen gesellschaftlicher Akzeptanz und gängiger Moralvorstellungen stoßen. Als Handlungsort für seinen neuen Roman „Der Garten der Dissidenten“ hat Jonathan Lethem seine Heimatstadt New York ausgewählt. Rund um die politische Ausrichtung der Charaktere und das Herzblut, mit dem sie ihre (oft) kommunistischen Ziele verfolgen, entwickelt sich eine Geschichte, die einen faszinierenden Einblick in eine Reihe gesellschaftspolitischer Entwicklungen von den 1930ern bis heute gibt. Dabei werden die Charaktere – großteils – sehr menschlich gezeichnet. Politik wird nicht ideologisiert, sondern, im Gegenteil, sehr kritisch behandelt. Idealismus bleibt bei den einzelnen Figuren verhaftet, nicht beim Autor; ein Umstand, der das Buch sympathisch macht. Das Lesegefühl wird einzig von zwei Faktoren getrübt: Eigentlich sollte nicht extra erwähnt werden müssen, dass Frauen in großer Zahl und in wichtigen Rollen vorkommen, besonders bei einem Familienroman. Leider ist eine vielschichtige Zeichnung der Frauen an vielen Stellen aber nicht gelungen. Es wirkt, als würde der Autor auf Stereotype zurückgreifen, als wären die Charaktere eher Symbolbilder und Überhöhungen von Tropen. Außerdem sind in den Roman eine Reihe von

Fehlern eingestreut, die die außeramerikanische Geschichte und Geografie betreffen. Ein Beispiel: Zwar ist es für die Geschichte nicht ausschlaggebend, aber die Bezeichnung von Mozartkugeln als „german chocolate“ auf den ersten Seiten der englischen Originalfassung stört. Zum Glück konnte dieser Fehler in der deutschen Fassung korrigiert werden. Gemeinsam mit einer sprachlich sensiblen und gelungenen Übersetzung macht dies die deutsche Ausgabe überraschend empfehlenswert.

Auch die Struktur, besonders die vielen Hauptfiguren, die gemeinsam die Geschichte einer Familie schreiben, legen den Vergleich mit Thomas Manns Familienroman „Die Buddenbrooks“ nahe. Ein Bezug, der auch vom Autor selbst hergestellt wird. Der Plot des Buches ist auf den ersten Blick nicht klar erkennbar und dicht gepackt. Wer sich auf solch ein Buch einlassen kann, dem sei „Der Garten der Dissidenten“ dringend angeraten.

Magdalena Hangel

„Der Garten der Dissidenten“ ist in der deutschen Übersetzung am 21.2.2014 im Klett-Cotta Verlag erschienen.

Zweimal hingehört

LEFT BOY – PERMANENT MIDNIGHT



in regelmäßigen Abständen die Bässe voll aufgedreht gehören und Party-potential vorliegt, ist das Sahnehäubchen, das das Album zu einem Erfolg macht. Ob das nun alles auch authentisch ist, muss jede/r selbst wissen.

KATI: Gleich in der ersten Nummer erwähnt er es kurz: „I need to pick up my son in the morning.“ Und so oszilliert auch der Rest des langerwarteten Debütalbums von *Left Boy* inhaltlich zwischen klassischem heteronormativem Hip Hop (Party, Selbstüberhöhung und „Bitches“) und der sehr persönlichen, wenn auch nicht ganz sympathischen Auseinandersetzung mit seiner Vaterrolle. Musikalisch top, inhaltlich ... naja. In der Mitte hören wir das Kind – es sagt ganz süß „Weft Woy“ und kichert –, dann kommt megakitschig „That’s How Much I Feel“ und *Left Boy* rappt darüber, dass die Wests und Beyonce zur nächsten Geburtstagsparty kommen werden. Die im Hip Hop obligatorische Anthem für sich selbst („Left Boy’s Coming“) stellt er nicht wie sonst üblich an den Beginn des Albums, sondern ans Ende – er weiß wohl, dass er sich eigentlich nicht mehr vorzustellen braucht. *Left Boy* ist angekommen.

KATJA: Zwei Platten werden dieses Mal an dieser Stelle besprochen, die beide irgendwie aus Österreich kommen und gegensätzlicher kaum sein könnten. Den Anfang macht *Left Boy*, der endlich ein Album vorstellt und – zumindest mich – nicht enttäuscht. Seine lockere und dennoch perfektionistische Herangehensweise ans Musikmachen hat den Schwung und den Esprit, der bei europäischen Produktionen so oft fehlt. Gerade im Hip Hop steht man als privilegierter weißer Heterotyp vielleicht vor der Frage, ob es noch einen Möchtetgern-Eminem braucht. Die Tracks von *Left Boy* können auch als Folksongs mit Wandergitarre funktionieren, und darin liegt ihre Stärke. Dass trotzdem

JA, PANIK – LIBERTATIA



kritischen Texte, gepaart mit Melancholie und Apathie, lullen herrlich ein und lassen nostalgisch an alte Punkzeiten denken, die vielleicht niemals echt waren.

KATI: *Ja, Panik* werden im deutschsprachigen Raum als Intelligenzia des Diskurspop gefeiert – als letzter Rettungsanker einer untergehenden Spezies. Mir ist so etwas dann schnell zu viel an Bedeutung. Aber: Das aktuelle Album „Libertatia“ drängt seine Interpretation eines utopischen Heilsversprechens fast auf, die gesellschaftspolitischen Botschaften inmitten melancholischer Alltäglichkeiten sind unüberhörbar („One World, one Love, no Nation“). „Libertatia“ kündigt froh von einer besseren Welt und ist Titel und Rahmen des Albums gleichzeitig. Dazwischen gibt’s eher Melancholie, alles verarbeitet in mal munterem, mal verträumtem Singsang mit sich wiederholenden, in Variationen wiederkehrenden kleinen Melodien. Sogar der herrschende Ansage „ACAB“ folgt die schöne Auflösung „All Cats Are Beautiful“. In *Libertatia* gibt es eben keine Cops, sondern nur Katzen. Wie schön.

Katja Krüger und Kati Hellwagner studieren Gender Studies und Politikwissenschaften an der Uni Wien.

Wer braucht eigentlich diese ÖH?

Es ist ein hartnäckiges Problem, dass gute politische Arbeit selten wahrgenommen oder gar gewürdigt wird, Kritik ungeachtet ihrer Legitimation allerdings schnell und ausführlich breitgetreten wird. Die Medienberichte der letzten Wochen zur ÖH verlangen nach einer ausführlichen Antwort. Ein Kommentar des Vorsitzteams der ÖH-Bundesvertretung.

Die ÖH durfte sich in letzter Zeit nicht wenige Zweifel an ihrer Sinnhaftigkeit, ihrer Kompetenz und ihrer Bereitschaft zu „sinnvoller“ Arbeit anhören. Stein des Anstoßes waren ursprünglich die Demonstrationen gegen den sogenannten „Akademikerball“, dessen Funktion als rechtes Vernetzungstreffen kaum noch bestritten wird. Die ÖH beteiligte sich, wie auch viele andere Organisationen, am Aufruf, gegen die Abhaltung dieses Balls in den repräsentativsten Räumlichkeiten der Republik, der Wiener Hofburg, zu protestieren. Nachdem es am Rande der Demonstrationen, bei denen sich tausende Menschen friedlich auf der Straße versammelt hatten, zu Ausschreitungen kam, wurden alle Organisationen, die sich für die friedlichen Demonstrationen ausgesprochen hatten, unter den Generalverdacht gestellt, gewaltbereite Gruppen zu sein oder diese zumindest zu schützen.

Auch der Geschichte rund um den *Facultas*-Verlag wurde immense mediale Aufmerksamkeit geschenkt. Dieser ist als Aktiengesellschaft organisiert und gehört je zur Hälfte den Hochschüler_innenschaften an der Universität Wien und an der Wirtschaftsuniversität. Im Kreuzfeuer der Medien stand das Bruttoeinkommen des Alleinvertrages des Verlages. Dieser erhielt 2012 tatsächlich eine astronomisch hohe Gage, was von den betroffenen Hochschüler_innenschaften auch kritisiert wurde. Der Tenor der daraufhin über die ÖH hereinbrechenden Berichte war aber ein anderer: Da ging es plötzlich um Korruption, Selbstbereicherung, Günstlingswirtschaft. Ein nicht haltbarer Vorwurf, denn der Verlagsvorstand ist kein ÖH-Funktionär – dazu müsste er nämlich erstens noch studieren und zweitens ehrenamtlich arbeiten. Darüber hinaus fließen keine ÖH-Beiträge in die Gesellschaft.

ABSURDE VORWÜRFE. Die Aufregung gipfelte schließlich in einem Kommentar von Martina Salomon im *Kurier*, den sie mit den Worten „Wer braucht eigentlich die Hochschülerenschaft?“ eröffnete. Kernaussage: Statt die Interessen der Studierenden zu vertreten, habe die ÖH „in erster Linie Gesellschaftspolitik im Sinn“. Ein Vorwurf, dessen Absurdität bereits ein Blick in den Alltag jener

tausender Studierender, die sich in Studierendenvertretungen, Universitätsvertretungen und der ÖH-Bundesvertretung engagieren, zeigt: Allein in der ÖH-Bundesvertretung arbeiten 86 Studierende ehrenamtlich. Im Studienjahr 2012/13 fanden in der Studien- und Maturant_innenberatung, der Sozial-, der Wohnrechts- und der studienrechtlichen Beratung sowie der Beratung für ausländische Studierende ca. 2.000 persönliche und 5.700 telefonische Gespräche statt, etwa 5.000 Studierende wurden schriftlich beraten. Im Rahmen der Studien- und Maturant_innenberatung fanden 297 Schulbesuche statt, am Projekt *Studieren Probieren* nahmen 1.445 Schüler_innen teil – das alles nur im Rahmen der ÖH-Bundesvertretung, die Arbeit der lokalen Vertretungen miteinzubeziehen würde die Zahlen noch um ein Vielfaches steigern.

Es ist aber nicht nur Aufgabe der ÖH, Service zu bieten, sondern auch Politik mitzugestalten. Für uns ist ÖH mehr als ein Kopiershop; mit einem Skriptenverleih etwa lassen sich keine Gesetze für die Verbesserung der Studienbedingungen erwirken. Studierendenvertreter_innen kämpfen auf allen Ebenen – von Curricularkommissionen, Rektoraten bis zu Ministerien – für die Rechte von Studierenden und setzen sich für Verbesserungen in der Hochschullandschaft ein.

Wenn Salomon in ihrem Kommentar behauptet, die schlechter werdenden Studienbedingungen würden die ÖH nur am Rande interessieren, greifen wir uns an den Kopf, besteht unsere Arbeit doch zum allergrößten Teil darin, uns gegen solche Verschlechterungen einzusetzen – in Zeiten knapper Budgets sowohl der Bundesregierung als auch der Hochschulen eine undankbare Aufgabe. Wenn es der ÖH dann nicht immer gelingt, durch konstruktive Gespräche ein Bewusstsein bei der Gegenspielerin zu schaffen, muss vor Gericht gezogen werden, was zum Beispiel bei den autonomen Studiengebühren der Fall war. Ohne die ÖH wäre hier bis heute keine Rechtsicherheit gewährleistet und Universitäten würden immer noch zu Unrecht Geld von Studierenden einheben. Ohne die ÖH gäbe es keine Stimme der Studierenden in Studienkommissionen, Senaten, FH-Kollegien

oder der Hochschulkonferenz, dem Beratungsgremium des Ministeriums.

HOCHSCHULPOLITIK IST GESELLSCHAFTSPOLITIK. Darüber hinaus nimmt die ÖH auch ihr gesetzlich verankertes, allgemeines Mandat wahr. Als engagierte Studierende sehen wir es als unsere Aufgabe, nicht einfach nur zuzuschauen, wie es Politiker_innen allzu oft tun, wenn die Rechte von Schwächeren beschnitten werden. Auch dann nicht, wenn Rechtsextremist_innen aus ganz Europa in der Hofburg tanzen und sich als „Akademiker“ bezeichnen. Gerade weil Hochschulen eine ausgesprochen braun durchsetzte Vergangenheit haben.

Hochschulen schweben nicht im luftleeren Raum und Probleme der Gesellschaft verlieren an ihren Eingangstoren nicht an Wirkung, sondern setzen sich in ihnen fort – man beachte die Frauenquoten unter Studierenden (ca. 54 Prozent), vergleiche sie mit jener bei Universitätsangestellten insgesamt (ca. 39 Prozent) und diese wieder mit jener bei Universitätsprofessor_innen (ca. 22 Prozent). Wer dann noch der Meinung ist, Feminismus gehe Studierende und ihre Vertretung nichts an, muss gegen Gesellschaftspolitik die gleiche unverständliche Abneigung hegen wie Frau Salomon, die dazu sagt, „da geht es um die Verbesserung der Welt“ und das scheinbar auch noch negativ meint. Ja, genau darum geht es – und wenn schon nicht um die Welt als Ganze, dann doch zumindest um den kleinen Teil, in dem wir uns täglich bewegen.

Vor allem sollten wir aber nicht die vielseitige, ehrenamtliche Arbeit und das Engagement von über 1.000 Studierenden in populistischer und destruktiver Kritik untergehen lassen. Wir möchten hier unseren Appell an alle engagierten Studierenden richten, die tagtäglich ehrenamtlich für die Interessen von Studierenden eintreten und kämpfen: Macht weiter so.

Die Autor_innen, Florian Kraushofer, Julia Freidl, Bernhard Lahner und Viktoria Spielmann, bilden gemeinsam das Vorsitzteam der ÖH-Bundesvertretung.

Vertragscheck



Lass deine Arbeitsverträge checken und hol dir Infos zu Arbeitsrecht, Arbeitnehmer_innenschutz, Versicherung, Dienstverhältnissen und Konsument_innenschutz.



Tel.: +43 (0) 1/3108880 - 41



Mail: vertragscheck@oeh.ac.at



persönliche Beratung Mittwoch 17-19 Uhr

www.oeh.ac.at



Diagonale 2014

Festival des österreichischen Films
Graz, 18.–23. März

Programminfo & Tickets: ab 12. März im
Festivalzentrum Kunsthaus Graz,
im Café Promenade, unter www.diagonale.at/tickets
und der Infoline 0316-822 81 822
ab 19. März in den Festivalkinos www.diagonale.at

